0/98
Sommernummer

com.une.farce

zeitschrift für kritik im netz & bewegung im alltag

Editorial
Vermittlung von Theorie und Alltag im *daily terror* der verwalteten Welt

Festhalten am Gedanken, der radikale Veränderung meint
Interview mit Johannes Agnoli zu den Folgen von '68

"... repressive Moral, wie bei den Pietisten"
Kritik an Geronimos Geschichtsschreibung der Autonomen

"Symbolische" versus "richtige" Politik?
Zur Kritik der Kritik von "symbolischer" Politik

Umherschweifende Hofnarren
Das Netz als Utopiemaschine

'Aschenputtel bringt sich auf den Markt'
Zur Situation mittel- und osteuropäischer Migrantinnen

Der nächste Krieg ist immer der schwerste!
Fußball als Quell des nationalen Mythos

download 0/98

Debatte

release party!

newsletter

Editorial

Zeitschrift für Kritik im Netz & Bewegung im Alltag

com.une.farce

com.une.farce - eine neue linke Zeitschrift, getragen von Gruppen und Personen aus dem Spektrum der autonomen und radikalen Linken - versteht sich als ein an der Vermittlung von Theorie und Alltag orientiertes Projekt. Es geht uns darum, die Ebene der alltagskulturellen Phänomene mit der "großen Politik" der alten Männer auf staatlicher und internationaler Ebene, der sozialen Frage und einer Kritik des Geschlechterverhältnisses so zu verknüpfen, daß dem alten Reduktionismus der Ökonomie nicht irgendein neuer entgegengesetzt wird. Dabei kommt es darauf an, die verschiedenen Herschaftsverhältnisse zu unterscheiden, sich aber auch ihrer Verwobenheit bewußt zu sein.

Vermittlung von Theorie und Alltag heißt, politische Fragestellungen zur eigenen Subjektposition in Relation zu setzen. So wie sich Herrschaft bis unter die Haut materiell manifestiert, so übersetzen sich Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in den daily terror der verwalteten Welt. Eine an Emanzipation orientierte politische Theoriebildung darf sich nicht damit begnügen, sozusagen vom Katheder die kritische Kritik zu predigen, sondern muß sich auf den Alltag, auf die politische Praxis einlassen, um an der kulturellen Grammatik, der symbolischen Ordnung wie den ökonomischen und politischen Strukturen rütteln zu können. Die Interventionen unseres Projektes in politische Debatten und Auseinandersetzungen verstehen wir als eine solche Vermittlungsanstrengung.

Wer spricht?

Das Redaktionskollektiv ist durchaus heterogen: Teile des Projektes sehen sich in der Tradition der inzwischen etwas in die Jahre gekommenen Neuen Linken und wollen ihr Engagement auch als Beteilung an den Erbstreitigkeiten um 68 verstanden wissen, andere wiederum pfeifen drauf und überlassen insbesondere im Jubiläumsjahr die Entsorgung der Geschichte lieber den Museen und Galerien.

Motivationen sind schlechte Erfahrungen im real existierenden linksradikalen Blätterwald oder einfach der Wunsch, selbst zu ProduzentInnen zu werden. So verschieden der Ausgangspunkt, wieso sich die an diesem Projekt Beteiligten mit der "Waffe der Kritik" ins Handgemenge begeben, so verbindend ist doch das gemeinsame Interesse an der Weiterentwicklung einer linksradikalen Theorie und Praxis jenseits von Markt, Staat, Geschlecht und kultureller Herkunft.

Mehr Fragen als Antworten

Dabei stellen sich noch viele Fragen: Wie ist das Verhältnis von Theorie und Praxis zu werten bzw. inwieweit kann unter den gegebenen Verhältnissen Theorie als

Praxis reichen? Welche Theorie hat was mit welchem/wessen Alltag zu tun? Wie muß heute eine "Kritik des Alltaglebens" formuliert werden? Oder genauer: Wie können feministische, antirassistische und marxistische Ansätze - seien sie nun poststrukturalistisch oder eher an Kritischer Theorie ausgerichtet - für eine undogmatische Theoriebildung so nutzbar gemacht werden, daß sie nicht bei einer Aneinanderreihung von -ismen stehenbleiben, sondern Herrschaftszusammenhänge in alltäglichen Kontexten analysieren und Experimentierfelder für Emanzipation benennen können? Diese Fragen werden immer wieder von neuem zu beantworten sein. Die Antworten werden dabei notwendigerweise unterschiedlich ausfallen, aber genau das macht uns neugierig auf die gemeinsame Arbeit an einer Zeitschrift wie der com.une.farce.

Mit Netz und doppeltem Boden

Die Idee, eine Zeitschrift im Netz machen zu wollen ist nicht zuletzt eine Folge davon, daß die Mittel für eine "echte" Zeitschrift in Printform fehlen. Insbesondere der Aufbau eines Vertriebes, der eine Zeitschrift auch einigermaßen trägt, ist derzeit ein nahezu unüberwindbares Hindernis für neue Projekte. Im Netz ist das einfacher und vor allem billiger. Wir wollen unseren Schritt ins Netz jedoch nicht als Ausdruck unkritischer Netzeuphorie verstanden wissen; wir verfolgen und beteiligen uns an den Netzdebatten und üben Netzkritik, weil hier wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der politischen Kommunikation getroffen werden.

Ungeachtet des neu aufgekochten Brechtschen Interaktivitätsmythos, der schon in den 20er Jahren Kommunikationstechnologie mit der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen in ein kausales Verhältnis setzte, und diverser anderer ideologischer Wolkenkratzer, die das Medium mit sich bringt, erscheint uns das Internet im pragmatischen Sinn nutzbar. Wir wissen, daß wir mit der ausschließlichen Publikation im Netz neue Ausschlüsse produzieren - selbstverständlich kann auf Anfrage auch ein Ausdruck der com.une.farce zugeschickt werden. Andererseits sind die Ausschlüsse bei klassischen linken Zeitschriften, die es lediglich in ein oder zwei Buchläden in ein dutzend Städten zu kaufen gibt, kaum minder problematisch. Das ganze allein auf ein quantitatives Problem zu reduzieren, wird der Sache gewiß nicht gerecht; es geht auch darum, Erfahrungen mit der Nutzung eines für linke Zeitschriften neuen Mediums zu machen, es sich anzueignen.

com.une.farce wird dreimal jährlich erscheinen. Die Nullnummer ist ab Samstag, den 1. August 1998 unter www.copyriot.com/unefarce abrufbar, Nummer 1 erscheint am 1. Dezember, die folgenden Nummern in viermonatigem Abstand. Diese, einem klassischen Periodikum angelehnte Erscheinungsweise verzichtet bewußt auf einige der neuen und schnellen Möglichkeiten des Mediums und orientiert sich an den Diskussionsprozessen der Redaktion, die überregional und dezentral organisiert ist. Das Medium Internet soll hier nicht nur zur Publikation der Zeitschrift selbst dienen, sondern auch der Redaktion die Möglichkeit einer Kommunikation bieten, die nicht auf die bei überregionalen Projekten bekannte Zentralisierung auf einen Redaktionsstandort zurückfällt. Möglichkeiten, die das Medium bietet, wie etwa die Einrichtung einer Mailingliste für Diskussion und Austausch von LeserInnen, Redaktion und AutorInnen, stehen als weitere Entwicklungstufen des Projektes zur Diskussion. Selbstverständlich ist an dieser Stelle auch die Einladung an Interessierte, sich Texte runterzuladen, zu verteilen oder als Werkzeugkiste in anderen Kontexten zu verwenden. Bei Wiederveröffentlichung bitten wir um Angabe der Quelle und der Autorinnen sowie der Zusendung eines Belegexemplares.

In der vorliegenden Ausgabe wurde noch kein Bild- und Tonmaterial verwendet. In den folgenden Ausgaben soll das anders aussehen und sich anders anhören.

Die für das Zeitungmachen, -lesen und drüber reden notwendige Neugierde, Gelassenheit und kriminelle Energie wünschen wir Euch und uns.

Die f a r c e - Redaktion

Festhalten am Gedanken, der radikale Veränderung meint

Interview mit Johannes Agnoli zu den Folgen von ’68

com.une.farce

Der heute in Italien lebende 73jährige Theoretiker der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Johannes Agnoli, eröffnete Ende April die Veranstaltungsreihe "Von wegen ’68 - Wir sind noch nicht zu Ende" des Autonomen Zentrums Marbach a.N. Anläßlich seines Besuches entstand das folgende Interview.

Wenn 30 Jahre nach 1968 über den damaligen 'gesellschaftlichen Aufbruch' und seine Folgen diskutiert wird, gleicht diese Diskussion einem seltsamen Schattenspiel. Dabei treten die alten 68er unter neuen Frontstellungen gegeneinander an: Die einen behaupten, damals habe der Durchbruch stattgefunden, der aus der muffigen BRD der 50er Jahre in die freundliche, bunte, weltoffene Zivilgesellschaft der Gegenwart geführt habe. Die anderen halten dagegen, daß die einst von ihnen selbst geforderte (und viel zu selten auch durchgesetzte) Liberalisierung der Gesellschaft es sei, die die Verantwortung für den gegenwärtigen Werteverfall trage. Ursache von Neo-Rassismus und angeblich zunehmender Jugendgewalt sei die antiautoritäre Erziehung der 68er, und deshalb ginge es nun um die Rückkehr zu Familienwerten, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Wenn sich in dieser Diskussion einmal Nach-68er zu Wort melden, dann allenfalls, um ihre eigenen Interessen in Abgrenzung zu den Altvorderen mediengerecht zu inszenieren. Das kümmerlichste Bild gibt dabei wohl die grüne Jugendbewegung ab, wenn sie die Vorherrschaft der 68er in der Partei beklagt und einmal mehr 'Politikfähigkeit' fordert.

Uns interessiert anderes, wenn wir 30 Jahre später an Johannes Agnoli die Frage nach den Folgen von 1968 stellen. Die Revolte der 68er und ihrer Nachfolger hat zweifellos (wenn auch in viel zu geringem Maße) das gesellschaftliche Klima der BRD verändert. Sie bezog ihre Durchschlagskraft aus einer fundamentalen Kritik der bundesdeutschen Verhältnisse, die Agnoli mitformuliert hat. Die Forderungen von 1968 waren utopisch und ihre Artikulation bediente sich radikaler Formen, die die kulturellen und politischen Konventionen ihrer Zeit sprengten.

Angesichts des jämmerlichen Bildes der gegenwärtigen Gesellschaft, die ihre Zukunft nur noch als 'more of the same' zu denken in der Lage ist, ist daran zu erinnern, daß Zukunft nur aus der radikalen und utopischen Überschreitung des Gegenwärtigen heraus Gestalt annehmen kann. Während die Rede von der 'Politikfähigkeit' auf allen Seiten gebraucht wird, um die Absage an jede Politik zu rechtfertigen, die sich den kapitalistischen Sachzwängen entgegenstellt anstatt diese zu legitimieren und zu verwalten, gilt es nach dem Fortdauern der Ansätze jener fundamentalen Revolte zu fragen.

Das Erbe der 68er, ihrer Kämpfe, Illusionen und Desillusionierungen ist für die heutige Linke ein Steinbruch von Erfahrungen, die es gilt, für eine radikale politische Praxis nutzbar zu machen: nicht mehr, und auch nicht weniger. In einer Situation, in der eine konsequent utopische Politik des 'Unmöglichen' als einzig realistische Alternative zu dem langsamen Weg in die Barbarei erscheint, muß immer wieder nach Möglichkeiten gesucht werden, sich dieser Paradoxie zu stellen.

AZ: Im vergangenen Winter demonstrierten weit mehr Studierende in der Bundesrepublik gegen die Zustände an den deutschen Hochschulen als etwa 1968. Ungeachtet dessen haben sie nichts erreicht. Wieso war die außerparlamentarische Opposition von 1967/68 gesellschaftlich wichtiger als jede Form von Opposition heute?

Agnoli: Es geht nicht nur darum, ob man etwas erreicht hat oder nicht, sondern um das, was gewissermaßen die Substanz der Bewegung ist. Bei einem Vortrag in Berlin wurde ich gefragt, was der Unterschied sei zwischen ’68 und der heutigen Studentenbewegung. Meine Antwort war zwar schlicht und naiv, aber meines Erachtens treffend: Ihr wollt vom Staat mehr Geld haben, eine besser funktionierende Universität. Aber Ihr wollt die Gesellschaft nicht verändern, das ist der Unterschied. Es ist das gute Recht der jetzigen Studenten etwas zu verlangen. Aber ich habe bis jetzt noch nicht erfahren, daß sie eine gewisse Potentialität zur radikalen Veränderung der Gesellschaft - zumindestens theoretisch - entwickelt hätten. Sie wollen von einer Gesellschaft, die aus den Fugen geraten ist, etwas haben, was diese Gesellschaft wahrscheinlich nicht geben kann, eben weil sie aus den Fugen geraten ist. Nicht nur der Sozialstaat, sondern auch die Universität wird abgebaut. Es ist richtig, dagegen zu kämpfen und es mag leider nicht erfolgreich sein, aber das hat mit der 68er Bewegung wirklich nichts zu tun.

Daß die Studenten sich heute darauf beziehen, ist vollkommen richtig, warum denn nicht? 1848 hat man sich auf die Französische Revolution bezogen. Die Franzosen haben sich auf die Cromwellsche Revolution bezogen. Aber Ihr dürft nicht sagen, Ihr seid jetzt die geschichtliche Nachfolgeerscheinung von '68. Vielleicht wäre die Frage anders zu stellen: ob der Prozeß heute - ‘68 und die Folgen - in dieser Form möglich wäre, wenn es ‘68 nicht gegeben hätte.

AZ: Wie schätzt Du das ein, daß heute einerseits offensichtlich mehr Leute auf die Straße gehen, andererseits die heutige Studentenbewegung unter politischen Gesichtspunkten nichts, aber auch überhaupt nichts erreicht hat. Also nicht einmal in einem realpolitischen Sinne (wenn man von der Sache mit der gesellschaftlichen Veränderung von vorneherein einmal absieht). Die Studenten 1968 waren zahlenmäßig weniger und haben vielleicht eine sehr viel größere Wirkung gehabt.

Agnoli: Ich weiß nicht, ob es weniger oder mehr waren. Im übrigen waren es nicht nur Studenten. ‘68 war eine gesellschaftliche Erscheinung und war auch nicht auf Deutschland beschränkt. Wenn sie heute mehr Leute auf die Straße bringen, dann hat das eine gewisse Bedeutung. Nicht etwa in dem Sinne, daß mehr erreicht wird oder nicht. Aber es kann sein, daß eine solche Demonstration bewußtseinsbildend wirkt. Denn, wenn sich die Leute auf der Straße treffen, gilt immer noch mein altes Wort: "Die Vernunft begibt sich auf die Straße." Die Straße ist heutzutage der Platz der Vernunft geworden. Möglicherweise setzt ein Vernunftprozeß ein. Wenn die Leute nach Hause kommen und sie nichts erreicht haben, hat sich dennoch bewußtseinsmäßig etwas bewegt -, woraus ein Potential der Negation entstehen kann. Das ist eine Hoffnung. Wenn daraus im Sinne der Bildung eines Bewußtseins, das auf Veränderung aus ist, etwas wird, ist es im Grunde gleichgültig, ob sie nun mehr Geld haben wollen, oder ob sie den Kaiser stürzen wollen. Weder das eine noch das andere ist erreichbar. Aber es besteht die Möglichkeit, daß man durch mühsame Arbeit versucht - früher nannte man das politisieren -, die Leute dazu zu bringen, zu merken, daß es nicht nur darum geht, daß man mehr Geld hat. Die heutige Gesellschaft ist nicht im Umbruch, sondern sie ist dabei zusammenzubrechen. Was kann daraus werden? Können wir da irgend etwas bewirken? Aber das ist Eure Aufgabe.

AZ: Wenn ich mir die Studentenbewegung des letzten Jahres anschaue, dann habe ich dennoch das Gefühl, daß die Bewegung von '68 und auch die Personen, die ‘68 aufgestanden sind, in einem sehr langen und mühseligen Prozeß wieder in diese Gesellschaft integriert werden mußten. Demgegenüber hat diese neue Studentenbewegung ihre eigene Integration schon selbst aktiv vorweggenommen. Im Moment scheint erstaunlicherweise die Konsensmaschine in dieser Gesellschaft - zumindest an der Oberfläche - äußerst reibungslos zu funktionieren. Warum war das '68 nicht der Fall?

Agnoli: Ich halte den Vergleich schon deshalb für brüchig, weil die Gesellschaft eine andere geworden ist. Eben das ist das Problem. Ob sie in diesem Fall integriert sind oder nicht ist egal - gut, sie sind integriert. Aber auch integrierte Arbeiter können streiken und können eine Bruchsituation herbeiführen. Das liegt aber nicht am Integriertsein oder Nicht-Integriertsein, sondern, Du hast die Frage selbst so gestellt,

daß liegt daran, daß diese Integration so weit gediehen ist. Es hat mit dem gesellschaftlichen Konsens zu tun, daß die berühmte Lehre aus ‘68 nicht zu ziehen ist. Die Situation war eine ganz andere. Wenn die Gesellschaft sich derart verändert hat, kann man nicht nostalgisch sagen: Wie können wir ein '68 herbeiführen. Das ist Geschichte. Die Französische Revolution kann nicht wiederholt werden. Einige haben es versucht, es ist schief gelaufen. Natürlich ist es schief gelaufen, weil die Gesellschaft in Wirklichkeit eine andere geworden war. Gleichzeitig besteht dann die Gefahr, in Resignation zu verfallen, daß man sagt, da ist sowieso nichts zu machen. Aber schon 1965, also unter Adenauer, hieß es, man kann sowieso nichts machen. Das war eine völlig verkrustete Situation. Und genauso 1989: Ebenso wie Anfang Oktober keiner wußte, daß Ende Oktober die Mauer zusammenbrechen würde, wußte 1965 niemand, daß 1967 in Berlin ein Chaos ausbrechen würde. Aber es gab diese Kräfte, die unterschwellig, mit vielen Illusionen, daran gearbeitet haben. Wenn Ihr davon ausgeht, daß es sowieso zum Kladderadatsch kommt, und es kommt zum Kladderadatsch in der sogenannten Weltgesellschaft, dann muß man sich überlegen, was sich in dieser Situation machen läßt. Die großen Pläne der '68er sind gescheitert. Es ist weder ein Vietnamkrieg da, der war sehr wichtig. Die Sandinisten sind weg. Die Normalität ist wieder eingekehrt. Was kann man in der Normalität machen?

Ich hatte damals die Parole vom Überwintern geprägt, weil man in der Normalität nur überwintern kann. Nur, es kommt darauf an, ob man das Überwintern so versteht, daß man sich ins Private zurückzieht und in vollem Bewußtsein, ein besserer Mensch zu sein, nichts tut und sich damit begnügt, daß man sagt: Ja, diese armen Kerle, die glauben an den allgemeinen Konsens. Wir aber wissen, daß es falsch ist. Das genügt natürlich nicht, das ist klar. Aber das sind Probleme, auf die ich keine Antwort weiß. Wenn ich gefragt würde, was heute zu tun sei, dann müßte ich etwa sinngemäß antworten: Vor einiger Zeit, vor drei Jahren war ich sehr unsicher, was zu tun wäre. Heute weiß ich überhaupt nichts mehr. Aber zumindest bei mir entsteht daraus keine Resignation, ich versuche immer weiterzuwirken.

AZ: Du sagtest, die Gesellschaft sei eine andere geworden. Aber sie hat ja auch eine Geschichte. Gibt es überhaupt politische oder soziale Impulse aus der 68er-Bewegung, die heute noch eine Bedeutung haben?

Agnoli: Das ist eine sehr interessante Frage, denn die Frage müßte ich Euch stellen. Gibt es bei Euch noch diese Impulse, denn bei mir sind die Impulse nach wie vor da. Aber bei mir hat das keine Bedeutung. Die Frage ist also, ob etwas geblieben ist von diesen Impulsen. Ich kann es nicht beurteilen, erstens ist das von Land zu Land verschieden. Es hat eine Verschiebung stattgefunden und deshalb meine - ich will nicht sagen - Skepsis, aber mein Fragezeichen gegenüber dieser Studentenbewegung. Ist es nicht zum Beispiel so, daß die in Italien und Frankreich viel virulentere Arbeitslosenbewegung heute wichtiger ist, als eine Studentenbewegung hierzulande? Ob sich da nicht ein Potential entwickelt? Und da müssen die Studenten sich überlegen, ob das studentische Dasein sinnvoll ist für eine radikale Bewegung, für radikale Veränderung.

AZ: Aber es gibt ja gesellschaftliche Entwicklungen, wenn man diese 30 Jahre einmal Revue passieren läßt. Du sagtest, die Situation war 1965 verkrustet. Keiner hätte sich vorstellen können, daß etwas passiert. Und heute hast du gesagt, vielleicht ist es die Folge von '68, daß die Studenten sich überhaupt bewegen. Also, was für Impulse sind davon ausgegangen und was ist heute noch geblieben?

Agnoli: Ihr dürft nicht vergessen, daß '68 nicht auf der Straße begonnen hat. Die Vernunft ging zwar auf die Straße, aber begonnen hat die Sache in Wahrheit in ganz langwieriger Vorbereitungsarbeit. In Deutschland gab es die Kritische Theorie. In Italien fing es Anfang der 60er Jahre an. Dort hatte sich mit Unterstützung der Faschisten eine Regierung gebildet. Daraufhin gingen die Arbeiter, die Arbeiter wohlgemerkt, in Norditalien auf die Straße. Das war eine halbe Revolution. So fing es an. Da haben die Leute das Bewußtsein gewonnen, daß die Straße etwas bewirken kann. Aber als Begleitform, oder vielmehr nicht als Begleitform, sondern zusammenhängend damit gab es in Italien die ganzen Überlegungen in den Quaderni Rossi-Heften. Da wurden die "Grundrisse" von Marx wieder entdeckt, da wurde wieder die Frage nach dem revolutionären Subjekt gestellt: wer macht die

Revolution?

Und das war in Deutschland genauso. Denn die Anfänge waren eigentlich ganz bescheiden. Am Anfang lautete die Frage: Kann man überhaupt etwas machen? Man hat sich keine Gedanken darüber gemacht, ob man Fensterscheiben einschlagen kann, ob man Tausende von Leuten auf die Straße bringen kann, sondern man hat angefangen sich Gedanken zu machen, wie das geschlossene System aufgebrochen werden kann, wo die Schwachpunkte dieses Systems sind. Und die Universität war in dieser Hinsicht ein Schwachpunkt: "Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren!" Es hat völlig universitär angefangen. Es ging um Bildung, um Beteiligung der Studenten an den universitären Entscheidungen etc. So fing es an. Und das ist vielleicht ein Gedanke, den man heute auch ein bißchen zur Kenntnis nehmen muß, der Anfang im kleinem. Also vielleicht wäre es heute falsch - ich sage vielleicht, weil ich es genau nicht weiß - mit großen revolutionären Parolen anzufangen. Es ist wahrscheinlich viel besser, auch viel schwieriger, einen Weg zu beschreiten, der zugleich zwei Dinge erreichen soll: auf der einen Seite die Entwicklung, das Festhalten und die Ausbreitung dieses Gedankens, der radikale Veränderung, also auf deutsch Revolution meint. Und auf der anderen Seite nicht in die Falle des Reformismus hineinzugeraten. Denn die Gefahr ist sehr groß, daß man sagt, verändern können wir nicht, also verbessern wir. Nicht, daß das unberechtigt wäre: für diejenigen, denen es wirklich schlecht geht, ist viel gewonnen, wenn etwas verbessert wird. Aber erstens ist das Verbessern etwas prekär, und zweitens löst es das Problem nicht. Man kann sich Gedanken machen, ob eine Form von Existenzminimum vom Staat garantiert werden kann. Da ist viel gewonnen für diejenigen, die nichts haben. Aber zugleich ist das ist das ein mächtiges Integrationsinstrument. Nicht von ungefähr stammt in Deutschland die Sozialversicherung von Bismarck.

AZ: 1967 hast Du mit Peter Brückner zusammen die "Transformation der Demokratie" geschrieben und die politischen Herrschaftsmechanismen der repräsentativen Demokratie bürgerlicher Provinienz analysiert. Auch im "Staat des Kapital" geht es um die Rolle der politischen Macht in Nationalstaaten im Spätkapitalismus. Und zur Zeit erleben wir in Europa eine ganz andere Transformation der Demokratie, im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Agnoli: Nein, das Prinzip bleibt gültig. Es gibt auf jeden Fall eine politische Form, die die abhängigen Klassen aus allen Entscheidungsmechanismen entfernt. Wie sich das dann insitutionell umsetzt, das ist im Grunde relativ belanglos. Denn ich bin überzeugt, daß es in dieser Gesellschaft auch weiterhin freie Wahlen und alles mögliche andere geben wird, was unter Liberaldemokratie läuft. Nur wird es wie die sogenannte notwendige Fiktion noch mehr Fiktion sein als heute. Die Leute werden mitmachen, obwohl die Entscheidungen nicht mehr von ihnen gefällt werden. Aber insofern ist das, was dieses alte Buch meinte - es ist ja schon 30 Jahre alt -, das was weiterhin gültig ist, die Tatsache, daß die politische Form in einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft immer diese zwei Fragen lösen muß: Wie kann man die Massen politisch befriedigen und sie zugleich von allen Entscheidungen fernhalten. Das Problem bleibt nach wie vor bestehen. Der institutionelle Weg des bürgerlichen Verfassungsstaats war gewissermaßen eine geniale Erfindung und ich nehme an, daß man weiter nach dieser Formel vorgehen wird. Ralf Dahrendorf hat in einer italienischen Zeitung von der Gefahr zwar keines faschistischen Staates gesprochen, aber angesichts der großen Schwierigkeiten von der eines autoritären Staats. Aber dieser autoritäre Staat wird wahrscheinlich keine Konzentrationslager bauen. Wir hoffen es jedenfalls. Er wird sie nicht nötig haben, wenn er Konsens erreicht. Aber was ist die Funktion der Parteien heute? In ihrer ursprünglichen Fassung waren die Parteien die Übersetzer von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Tendenzen des gesellschaftlichen Wollens ins Politische. Heute sind die Parteien die Organisatoren des allgemeinen Konsensus. Darauf reduziert sich ihre politische Aufgabe, und die werden sie nach wie vor haben.

AZ: 1968 war nicht bloß eine politische Bewegung, sondern wenn man so will, auch eine kulturelle Bewegung. Angeblich gab es eine kulturelle Revolution, und auch die 68er, die heute mit ihrer Vergangenheit hausieren gehen, sagen: Damals haben wir die Kultur in der Bundesrepublik verändert und verbessert. Hat sich für Dich auf der

kulturellen Ebene tatsächlich eine fundamentale Veränderung ergeben, oder war das nur eine Art Modernisierung?

Agnoli: Ich akzeptiere das Wort Modernisierung. Ob sich wirklich etwas verändert hat und hoffentlich ins Bessere, das kann man nur beurteilen, wenn man weiß, wie die Atmosphäre vor ‘68 war. Davon könnt Ihr Euch keine Vorstellungen machen. Wenn Ihr von Repression redet heute, dann ist bei euch diese geschichtliche Erinnerung natürlich einfach nicht vorhanden. Ich war 1961 Assistent in Köln. Ich hielt damals einen Vortrag vor Studenten und sprach mich für die Anerkennung der DDR aus. In der darauf folgenden Woche war ich schon entlassen. Das war damals die Situation. Und kein Mensch hat sich darüber geärgert. Wohlgemerkt, das war gang und gäbe.

Als Kohl vor ungefähr zehn Jahren sagte, man müsse '68 rückgängig machen, dann wohl deshalb, weil die Konservativen festgestellt haben, daß tatsächlich etwas anders geworden ist. Die Frage ist, ist etwas Besseres daraus geworden, und da habe ich einige Zweifel. Nehmen wir die Universität als Beispiel. Was ist heute aus der Bewegung für die Demokratisierung der Universität und der Gesellschaft geworden? Inzwischen ist eine Verschulung der Universität eingetreten, die ihresgleichen sucht. Aus der Demokratisierung der Universität ist eine Bürokratisierung geworden.

Ich kann es zwar von mir aus nicht genau beurteilen, aber ich nehme an, schon die Tatsache, daß wir heute darüber diskutieren können, ist ein Zeichen dafür daß sich etwas geändert hat. Autonome Zentren, das war Anfang der 60er Jahre undenkbar. In den 50er Jahren wäre die Polizei eingeschritten, aber nicht um Fensterscheiben zu schützen, das wäre unverständlich gewesen, sondern dagegen, daß sich so etwas bildet. Da stellt sich natürlich wiederum die Frage, ob das Substanz hat oder ob das eine andere Form von Selbstbestätigung ist.

AZ: Vielleicht ist es kein Verdienst, aber es ist zumindest ein Fakt, daß die ‘68er-Bewegung - das ging dann weiter in der Autonomenbewegung - den Slogan "Das Private ist politisch" geprägt hat. Es ging darum, Politik in der ersten Person zu machen. Das hat zu einem weiten Politikbegriff geführt. Das heißt, daß eben nicht nur Programme und Theorien unter den Politikbegriff fielen, sondern auch die Lebensweise als ein Politikum gefaßt wurde. Das hat ja zumindest die autonome Bewegung und die Frauenbewegung sehr entscheidend ausgezeichnet. Die Frage lautet: Wie ist das von heute aus zu beurteilen?.

Agnoli: Moment, zunächst einmal eine kleine Korrektur: Daß das Private politisch sei, ist eine deutsche Erfindung. Denn weltweit hieß es: "Das Persönliche ist politisch", nicht das Private. Wenn das Private politisch ist, dann ist auch das Privateigentum zu schützen. Das Persönliche ist politisch, das bedeutete den Einbruch der Subjektivität in die Politik. Nun, was heißt Politik? Die Frage ist wichtig: Ich meine, das ist ein sehr zweideutiger Begriff. Zum einen kritisiere ich die Politik. Nehmen wir den Marxschen Begriff: hier ist Politik die Herrschaft des Menschen über den Menschen. Auf der anderen Seite bin ich aber auch für Politisierung.

Man muß also an diesem Begriff zwei Dinge sehr scharf unterscheiden. Zum einen die Politik als Herrschaftssystem und zum anderen Politik verstanden als Negation der Herrschaft. Das ist aber keine Politik im klassischen Sinne, das ist Antipolitik. Bei dieser Antipolitik besteht die Gefahr, daß anstelle der Politisierung die Privatisierung eintritt. Das scheint mir so eine allgemein Tendenz zu sein, in der sogenannten Postmoderne. Das Café ohne Zukunft; alles ist privat. Mit diesem Widerspruch müssen wir uns abfinden. Auf der einen Seite die Politik kritisieren, auf der anderen Seite wissen, daß man die Leute politisieren muß. Aber was heißt politisieren? Vergessen wir nicht, daß politisieren im klassischen Verständnis mehr Beteiligung an den Wahlen bedeutet. Das heißt im Grunde: Anerkennung des Systems. Und das wollen wir nicht. Insofern ist die von mir gemeinte Politisierung Antipolitik, wenn man unter Politik erstens das Konsenssystem und zweitens die Festigung der Institutionalisierung versteht.

Zu den Autonomen: Es gibt da Schwierigkeiten mit dem Begriff, denn in Italien ist die Autonomiebewegung im Arbeitermilieu entstanden, in Deutschland ist sie das Produkt von Lehrern, Intellektuellen, Klein- oder Großbürgern, hat also eine ganz

andere Bedeutung. Ich habe einmal irgendwo gesagt, die machen alles falsch, die Autonomen, aber sie geben Hoffnung. Ich meine das in dem Sinne, daß wahrscheinlich die Perspektive falsch ist, aber wenn schon in dieser Gesellschaft ein Element des Bruchs vorhanden ist, dann ist das diese Autonomiebewegung. Ihr macht alles falsch, aber das ist sozusagen ein Funke Hoffnung. Die Autonomen als die Realisierung des Prinzips Hoffnung von Ernst Bloch in einer wieder geschlossen gewordenen Gesellschaft.

Die Kritik am utopischen Sozialismus war richtig, aber wahrscheinlich sind wir geschichtlich und gesellschaftlich in eine Situation geraten, in der der einzige Ausweg aus der Aporie, aus der Auswegslosigkeit in der Utopie besteht; es gibt keinen anderen Ausweg. Oder man paßt sich an und ist glücklich darin, als angepaßter Mensch.

Das Interview wurde am 26. April 1998 vom Autonomen Zentrum Marbach a.N. geführt.

"... repressive Moral, wie bei den Pietisten"

Wie Autonomen-Chronist Geronimo autonome Politiken meint kritisieren zu müssen.

com.une.farce

Die allenthalben beklagte Krise 'der Autonomen' ist spätestens mit dem Autonomie-Kongreß 1995 zum Allgemeinplatz geworden. Mangelnde Auseinandersetzungsbereitschaft zwischen sich vermeintlich immer mehr abschottenden Szenen bereite über kurz oder lang das Ende 'der Autonomen'; einer politischen Bewegung, die, so scheint es, ihre Homogenität wie so viele andere erst im Nachhinein zugewiesen bekommt. Die Schuldigen an der 'Krise der Autonomen' sind schnell benannt: autonom-feministische Kulturkämpferinnen und die ihnen mit vorauseilendem Gehorsam folgenden autonomen Männergruppen - so zumindest Autonomen-Chronist Geronimo.

Mit *Glut & Asche* hat Geronimo nach *Feuer & Flamme* und *Feuer & Flamme II* im letzten Jahr sein drittes Buch über die autonome Bewegung vorgelegt. Während sich *Feuer & Flamme*, 1990 erstmalig erschienen und inzwischen in fünfter Auflage zu einem 'Bestseller' avanciert, der Beschreibung einer Geschichte der autonomen Bewegung widmete, nimmt sich nun *Glut & Asche* den autonomen Politikbegriff zum Gegenstand der Kritik. Nicht zuletzt dieser habe zur aktuellen Krise der Autonomen beigetragen.

"Die Bemühungen um einen Begriff des 'Politischen' sollen unbedingt dazu dienen, sich in der Beschreibung und Analyse von den umfänglichen, in der autonomen Bewegung selbst vorhandenen, unpolitischen Verfahrens-, Handlungs- und Denkweisen abzugrenzen. Diese Schrift soll das 'Politische' gegen als 'politisch' maskierte, rassistische, therapeutische, juristische, moralische und auch terroristische Diskurse verteidigen. Dabei werde ich die von 68 ausgehende Entgrenzung des Politischen reflektieren und zum Teil argumentativ zurechtrücken."(Geronimo 1997: 28f)

Für diese "Entgrenzung des Politischen" werden neben antirassistisch und antifaschistisch arbeitenden Gruppen im autonomen Kontext organisierte Feministinnen verantwortlich gemacht, die in den 80er Jahren "die Parole, daß das Private politisch sei" in einer Art und Weise interpretiert hätten, daß eine "Praxis eines dauernden Kontrollblicks auf individuell privates Verhalten organisiert werden konnte. Was dabei (nicht nur) bei 'Autonomen' oft rauskam, war gerade nicht 'Politik' oder etwas 'Politisches', d.h. keine Diskussion, kein Streit, kein Aushandeln, sondern bloß repressive Moral, wie bei den Pietisten." (Ebd.: 181)

Kritisierter "Kontrollblick" ist für Geronimo nicht zu unterscheiden von der Herrschaftsförmigkeit der kapitalistischen Privatsphäre, die eben immer auch mehr ausmache als bloße Reproduktion. Das Private sei ein notwendiger Rückzugsbereich, der anderes biete, als sich lediglich 'Fit for Fun' machen zu können und die 'privaten' Sexismen und Rassismen ausleben zu können: "Dabei ist das Nicht-Politische keineswegs un-politisch. Es ist einfach nur privat, oder in einer Form öffentlich, die nicht zwangsläufig etwas mit Politik zu tun haben muß. Auch wenn die Begriffe 'privat' und 'politisch' voneinander völlig unabhängig nicht zu denken sind, weil sie sich bedingen und sich ohnehin nicht statisch oder gar völlig abgeschlossen zueinander verhalten, so lassen sie sich eben doch nicht mit der Forderung: 'das Private ist politisch!' einfach so kurzschließen." (Ebd.: 29)

Die massiven Eingriffe herrschender Politik in einen der letzten Rückzugsbereiche der Individuen, das Private, sieht Geronimo als eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme an und kritisiert, daß eine politische Bewegung wie die der Autonomen unkritisch eben diese hegemoniale Tendenz der bürgerlichen

Gesellschaft reproduzieren und den direkten politischen Eingriff mittels Kontrolle in diesen Bereich befördern würde.

Private Property

Mit diesem Argumentationsmuster befindet er sich in berühmter Gesellschaft. Schon in der Debatte um eine kritische Verbindung von Marxismus und Psychoanalyse in den 20er und 30er Jahren wurde von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Erich Fromm und anderen die These vertreten, die Familie, respektive die private Sphäre, als Ort der Charakterbildung sei notwendig, um den direkten Einfluß kapitalistischer Herrschaftszusammenhänge auf die Individuen zumindest in Ansätzen einzudämmen und die Möglichkeit zur Herausbildung eines starken Ichs zu ermöglichen. Der damals analysierte Autoritäre Charakter, ein sich nach den Ge- und Verboten der herrschenden Ordnung orientierender Typus mit starken Ängsten vor den Ansprüchen des eigenen Es, sei unter anderem Ergebnis der Zerrüttung der bürgerlichen Familie. Wenn insbesondere Horkheimer die nicht marktvermittelten Beziehungen in der Familie idealisiert, trifft sich das mit Geronimo, der den 'das Private ist politisch‘-Gedanken letztlich aus genau denselben Gründen für so bedrohlich hält:

"Denkt man den 'das Private ist politisch‘-Gedanken nämlich weiter als nur als richtigen Angriff auf ein offenkundig gewordenes Mißverhältnis zwischen politischen Ansprüchen und Idealen auf der einen und einer eklatant dazu im Widerspruch stehenden Alltagspraxis auf der anderen Seite, so können sich - je nach Kontext - in dieser Parole auch totalitäre Tendenzen ausdrücken, die das 'Private‘, verstanden auch als einen notwendigen Ort des Rückzugs und der intimen Reproduktion des Individuums, zu vernichten drohen." (Ebd.: 180)

Sicherlich, die Auswirkungen, die benannter Kontrollblick und totalitäre Elemente der Kategorie des Verhaltens haben können, tragen durchaus repressive Züge. Diese repressiven Elemente können über die innerhalb von Subkulturen wie der autonomen üblichen, zum Teil äußerst rigiden Codes, Kleider- Sprech- und Themenordnungen hinausgehen. Die Vorstellung vom 'ganzheitlichen Leben‘, welche sich in der Kategorie des Verhaltens wiederfindet, ignoriert, daß gesellschaftliche Widersprüche in die Körper eingeschrieben sind. Produktiver als eine solche Einheit herbeizusehnen wäre sicherlich, sich der Widersprüchlichkeit des eigenen Verhaltens innerhalb der verschiedensten Konflikte zu vergewissern. Kritik gängiger autonomer Praxis- und Theorieformen ist hier auf jeden Fall angebracht, es kommt allerdings darauf an, welche Kritikstrategien bemüht werden.

Indem Geronimo solchen Einheitsvorstellungen entgegenhält, daß es notwendige Orte des "Rückzugs" und der "intimen Reproduktion" geben müsse, ignoriert er, daß die Kritik an der Trennung von "privater" und "politischer" Sphäre nicht etwa behauptet, daß es solche Rückzugsmöglichkeiten nicht geben dürfte, sondern daß es sie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft für verschiedene gesellschaftliche Gruppen in den verschiedensten Ausprägungen gibt. Die Vorstellung einer von zahlreichen Maßregelungen durchzogenen öffentlichen und einer von diesen befreiten privaten Sphäre ist Bestandteil bürgerlicher Ideologie. Die Subjekte werden auf eindeutige Identitäten reduziert, kontrolliert, diszipliniert und normalisiert - und das nicht nur im Rahmen 'öffentlicher‘ Herrschaft, sondern gerade innerhalb privater Nischen. Das Private als Ort eines Rückzuges, der das Andere zu öffentlichen und politischen Räumen verkörpern soll, darzustellen, öffnet vielmehr Raum für Projektionen. Ähnlich, wie bei Horkheimer etwa die Mutterfigur, die als Projektionsfläche für alle denkbaren nicht marktvermittelten sozialen Kompetenzen steht, so läßt sich bei Geronimo auch im Umkehrschluß seine kleine Welt herausfiltern: unkontrolliert, unpolitisch und individuell, eben "einfach nur privat".

In seinem Einsatz für das Private als persönlichem Ort der Freiheit ist Geronimo, ohne den Begriff selbst im Munde zu führen, mitten in der Debatte um Political Correctness gelandet. In seiner Suche nach einem angemessenen Politikstil für die 90er Jahre lehnt er die Rückkoppelung des oben beschriebenen Privaten an eine wie auch immer geartete politische Sphäre ab und bedient sich dabei einer klassisch zu nennenden Anti-PC Argumentation: "Die im Zusammenhang mit dem Gedanken, daß das Private politisch ist, dargelegten Überlegungen zu totalitärem

Kontrollanspruch, Kurzschluß und relativem Scheitern unter veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen läßt mich insgesamt eine große Distanz zu dem Begriff des 'Verhaltens‘ als Kategorie für politische Auseinandersetzungen einnehmen." (Ebd.: 182)

Anti-PC, so wie es sich in den letzten Jahren auf Feuilletonseiten, Kinoleinwänden und 'coolen Partys‘ etablierte, steht für das Zurückdrängen von Öffentlichkeit als kritischer Instanz - einer Idee von Öffentlichkeit freilich, die selbst noch in ihrer Ablehnung völlig überzeichnet wird. Enttabuisierung ist dabei sozusagen der Zwischenschritt zur Privatisierung und bedeutet in diesem Kontext nichts anderes, als das einer als potentiell kritisch und herummäkelnd wahrgenommenen Öffentlichkeit mit rebellischem Pathos ein Recht auf etwas nicht-Kritisierbares entgegengesetzt wird. Die schon klassisch zu nennende Floskel, der sexistische oder der rassistische Scherz sei 'nur Spaß‘ und deswegen unangreifbar, verweist auf den Wunsch, Kritik verbannen zu wollen. PC, das "buzzword der konservativen Gesellschaftskritik" (Adolphs/Karakayali 1998: 21), "wird zum Vernetzungsknoten, mit dem sich verschiedene Diskursstränge zu unterschiedlichen Themen verbinden lassen, u.a. können damit Ausgrenzungsdiskurse gebündelt werden, die dann in den Dienst von Täter-Opfer-Umkehrungen gestellt werden." (Ebd.)

Diese, als konservativ zu bezeichnende Gesellschaftskritik ist freilich nicht nur im rechten Lager zu verorten. Während die Rechten einen angeblich viel zu großen Einfluß von 68ern und Neuen sozialen Bewegungen zurückdrängen wollen, straft eine bestimmte Spielart linker Publizistik inzwischen fast jede Form inhaltlicher Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten mit ihrem berühmten titanic-Zynismus. Sicherlich, der friedensbewegte 'Gutmensch‘ und die 'Betroffenheits‘-Sozialdemokratin, die besonders in den 80er Jahren den immanenten und damit letzlich herrschaftsstabilisierenden Charakter der sogenannten kritischen Öffentlichkeit prägten, verdienen eine linksradikale Kritik. Anti-PC wurde diese Form der Kritik in titanic, jungle World, konkret und anderen Organen dieser Preisklasse erst, als sie sich auf reine Sprachkritik reduzieren ließ, die völlig von den Inhalten des Kritisierten abstrahierten: "Die Kritik an den Gutmenschen [schließt; G.O.] in der Regel von schlechtem und falschem Deutsch auf schlechte und falsche Gesinnung, von klischeehafter Sprache auf naives Denken und von unerträglicher öffentlicher Gestik auf die Falschheit des mit dieser Gestik Unterstrichenen." (Diederichsen: 1996: 113)

Anti-Feminismus

Anti-PC ist in diesem Sinne eine originär antifeministische Position, da Feminismus, ungeachtet seiner vielen verschiedenen Spielarten und Fraktionen, in seiner Gesamtheit für die kritische Thematisierung von patriarchaler Herrschaft, die nicht ohne die Aufteilung in eine private und eine öffentliche Sphäre zu denken ist, steht. (Vgl. Frank 1996) Diese Art der Thematisierung von Herrschaft, von Geronimo als "Entgrenzung des Politischen" beschrieben, soll im Diskurs der Anti Political Correctness zurückgedrängt werden. Wer wie Geronimo von "Entgrenzung" spricht, hat eine gewisse "Normalität" vor Augen, zu der er gerne wieder zurückkehren möchte. Ähnlich wie in den großen Anti-PC Attacken in Zeit, Spiegel oder FAZ ist auch hier der Ruf nach Normalität die Kernaussage, deren Bedeutung über den vermeintlichen Inhalt hinausgeht. Normalität wird zur Chiffre für den Wunsch nach klaren politischen Fronten und Gewißheiten in einer komplexen, von verschiedensten Herrschaftsmechanismen durchzogenen Welt. Schon allein die Beteiligung neuer sozialer Gruppen am Kampf um Vormachtstellungen wirkt bedrohlich auf diejenigen, die die Bedeutung ihres den bisherigen Einfluß absichernden sozialen und kulturellen Kapitals schwinden sehen. (Vgl. Adolphs/ Karakayali 1998: 21f)

Obwohl Geronimo eine '80er Jahre-Bequemlichkeit‘ autonomer Feministinnen an den Pranger stellt, produktive Unruhe, Streit und Auseinandersetzung einfordert - sich somit selbst auf der progressiven Seite verortet - ist es sein Standpunkt, der von einem Normalismus durchzogen ist. Eine Situation auf dem Abschlußplenum des Autonomie-Kongresses erscheint ihm symptomatisch: "gegen jede Art von 'Benimmregeln'" (Geronimo 1997: 169) wollte er "rebellieren" (ebd.) was ihm jedoch keine produktive Unruhe, sondern lediglich den Entzug des Rederechtes einbrachte.

Einer Kritik an Formen folgte eine formale Reaktion, könnte an dieser Stelle eingewandt werden, Geronimo sieht hier allerdings den Untergang emanzipativer Politik aufscheinen. Unhinterfragt bleibt indes der Standpunkt seiner Rede: Worin besteht denn das gemeinsame politische Projekt, welches eine inhaltliche Erwiderung auf die 'Benimmregel-Kritik‘ notwendig gemacht hätte? Wer bestimmt denn, welche Positionen Bestandteil einer Debatte sein sollen? Indem Geronimo Definitionen des Politischen setzt, die sich an einem gemeinsamen autonomen Projekt orientieren, von dem wiederum andere "Notwehridentitäten" behaupten, daß es als gemeinsames nicht mehr existiert, versucht er eine autonome Identität durchzusetzen, die seiner eigenen Argumentation folgend doch auch nur eine unter anderen 'Notwehr-Identitäten‘ ist.

Geronimos Kritik an der vermeintlichen Verbotspolitik von feministischer Seite ist aber durchaus ambivalent. Einerseits sieht er sich bedroht, andererseits findet er die vermeintlichen Denkverbote und moralischen Tabus lächerlich, da sie angesichts eines realen Mangels an Sanktionsmöglichkeiten wirkungslos seien: "Das Errichten von moralischen Tabus ist immer eine defensive und autoritäre Angelegenheit, die auch in diesem Fall, da sie teilweise auch noch von politischen Verlierern praktiziert wird, lächerlich und hilflos bleibt." (Geronimo 1997: 201) Gerade durch die Betonung dieser Lächerlichkeit und Hilflosigkeit, die doch zumindest die Frage aufwirft, ob denn überhaupt so etwas wie ein feministisches moralisches Tabu besteht, versucht Geronimo seinen Ansatz von "Gegen-Politik" im Glanze einer rationalen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen erscheinen zu lassen: "In der 'großen Politik‘ von oben sollen die kleinen Leute, d.h. wir heute zum Verschwinden gebracht werden. Dagegen hilft keine 'große‘, sondern nur eine andere Gegen-Politik [...]." (Ebd.) Wer hier Wen zum Verschwinden bringen will und wer sich hier selbst als Opfer konstruiert, wird vor dem angedeuteten antifeministischen Hintergrund mehr als deutlich. Insbesondere die Zuschreibung "moralisch" zu sein, dient dazu, Kritik zurückzuweisen und die als moralisch Klassifizierten aus dem politischen Diskurs auszugrenzen: "Der Begriff wird einerseits benutzt, um einem politischen Einwand genau diese Dimension zu nehmen, zum anderen, um den politischen Gegner als von inneren, 'moralischen‘, d.h. letztlich privaten Zuständen her argumentierend zu denunzieren - als weich und feminin, moralisch im Sinne von 'einen moralischen haben‘, weinerlich und nicht männlich-pragmatisch-politisch." (Diederichsen 1996: 17)

Feminismus

Das, was Geronimo mit "Entgrenzung des Politischen" durch die 68er beschreibt, ist indes nicht durch, sondern in Kritik an diesen entstanden. Die neue Frauenbewegung hat in ihren Ursprüngen kritisiert, daß die antiautoritäre Bewegung entgegen ihren kulturrevolutionären Ansprüchen eben nicht die Politisierung des Persönlichen betrieben habe, sondern auf Grundlage eines individualistischen Befreiungsmythos weiterhin alte reaktionäre Verhaltensmuster reproduzierte. Die von Wilhelm Reich inspirierte 'Befreiungspsychoanalyse‘ der 68er wollte der attestierten "Negation der Sexualiät" in der bürgerlichen Gesellschaft, so die antiautoritäre Fraktion, eine "sexuelle Aktion" entgegenhalten, welche die Emanzipation der Individuen voranbringen sollte. Grundlage einer solchen Argumentation ist die von Foucault kritisierte "Repressionshypothese": Herrschaft werde ausschließlich über Repression ausgeübt, Sexualität als einer der am meisten mit Verboten belegten gesellschaftlichen Bereiche sei der Hebel zur Befreiung der Individuen. Der "Sozialismus in einem Haus" (Reimut Reiche) der Kommunen und frühen Wohngemeinschaften führte aber nicht zur Befreiung sondern zur Etablierung eines neuen linken Machismo, dessen Ausläufer heute noch zu beobachten sind.

In Kritik daran hat sich eine feministische Bewegung entwickelt, die sich in ihren Anfängen auf eine spezifisch weibliche Identität stützte, um sich in Abgrenzung zu anderen Identitäten als eigenständige politische Größe zu etablieren. Ansätze wie die von Luce Irigaray, Julia Kristeva oder Monique Wittig machten den Unterschied zwischen einem biologischen Geschlecht (sex) und einem sozialen Geschlecht (gender) thematisierbar und boten somit die Möglichkeit, einem kritisierten Biologismus der weiblichen Identität zu entkommen. Vom Poststrukturalismus inspirierte Theoretikerinnen wie etwa Judith Butler schließlich radikalisierten die sex/gender-Debatte, indem sie der Konstruktionsthese ihren idealistischen

Beigeschmack nahmen und nicht nur davon sprachen, daß das soziale Geschlecht im Sinne etwa von Verhaltensweisen konstruiert sei, sondern daß Konstruktion als materieller Prozeß zu verstehen sei, der auch die geschlechtlichen Körper als materielle Basis erst herstellt. Sowohl biologisches, als auch soziales Geschlecht ist demnach als geschlechtliche Identität sozial hergestellt und somit auch potentiell veränderbar beziehungsweise anders thematisierbar als in den bislang hegemonialen Kategorien.

Im Gegensatz zum 'Befreiungsmythos‘ der 68er konnte in der feministischen Debatte ein differenziertes Verständnis von gesellschaftlicher Herrschaft entwickelt werden. Die feministische ist eine der wenigen, wenn nicht sogar die einzige politische Bewegung, die genau das vollzieht, was von Geronimo eingefordert wird: die Thematisierung von und Auseinandersetzung mit Identitätskategorien und den verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen. Aber dennoch oder vielleicht gerade wegen dieser Bereitschaft zur Infragestellung eigener politischer Positionen, werden feministische Gruppen beziehungsweise Spielarten des Feminismus immer wieder Gegenstand einer harschen Kritik aus der radikalen und autonomen Linken.

Benimmregeln rules o.k.?

Je mehr sich Geronimo durch eine angebliche feministische Hegemonie bedroht sieht, umso stärker versucht er das Thema Benimmregeln in den Mittelpunkt zu stellen, wohl wissend, daß wirksame Verbote nur eine mit Macht ausgestattete Institution aussprechen kann. Begriffe wie 'Zensur‘, 'Kontrolle‘ oder 'repressives Regelwerk‘ werden bezeichnenderweise häufig im Kontext der Kritik an feministischen Gruppen eingeführt, dienen diese doch immer wieder als Paradebeispiel für repressive 'Benimmregel-Politik'. Eine berechtigte Kritik an der mehr als verklemmten und durch die Herkunft vieler Bewegter aus dem Mittelstand maßgeblich beeinflußten Thematisierung von Sexualität innerhalb der Reste der autonomen Szene - angeführt seien hier nur die diversen Sexualitätdebatten in der interim - sollte sich allerdings nicht in antifeministische Auswege flüchten. Indem immer und immer wieder feministische Gruppen für das gescholten werden, was sie einer angeblich so befreiten Szene angetan haben, wird der Zusammenhang zwischen Macht und Begehren ausgeblendet und einer freien sexuellen Lust und Begierde gehuldigt, die genauso wenig frei ist wie die private Sphäre eine Trutzburg gesellschaftlicher Härten.

Daß die Durchführung von Verboten in szenemäßig organisierten Kulturen nahezu unmöglich ist und somit Verbote, Boykottaufrufe und "Zensur"-Aktionen zu einem hohen Grad symbolisch codiert sind, darauf verweist Diedrich Diederichsen (1996: 162f). Er betont, daß die Thematisierung vermeintlicher Verbote vielmehr der De-Thematisierung des angeblich Verbotenen dient. Die Chimäre des "lustfeindlichen Feminismus" oder der "repressiven Moral" dient demnach der Negativ-Codierung feministischer Positionen im Kampf um die Hegemonie auch innerhalb der autonomen Szene. Wenn Geronimo davon spricht, daß die "Entgrenzung" der Politik es unmöglich mache, politisch zu agieren, so ist davon auszugehen, daß es zuallererst für ihn als Individuum angesichts feministischer Interventionen unmöglich scheint, innerhalb autonomer Zusammenhänge weiterhin unhinterfragt hegemoniale Positionen einnehmen zu können.

Auch die attestierte Politikunfähigkeit der Autonomen ist in diesem Kontext zu entschlüsseln. Ein Begriff aus der Realpolitik, der in der Regel dazu dient, den politischen Gegner zu desavouieren, soll hier dazu herhalten, Feministinnen einer Identitätspolitik zu schelten, die nicht mehr auf dem dekonstruktivistischen Stand der Dinge sei. Diese Kritik, sozusagen aus dem Althusser-Seminar frisch auf den Tisch, fällt angesichts des oben beschriebenen Standes der Diskussion in feministischen Zusammenhängen eher auf die theoretisierenden Kritiker zurück, bleibt sie doch gänzlich abstrakt und somit für einen politischen Kontext unbrauchbar. Wenn Geronimo an diesem Punkt den "Bankrott der feministischen Kritik" (164) erklärt und davon spricht, daß eine "getrennte Geschlechter-Organisierung" (ebd.) nur als "Notwehrorganisierung" (ebd.) zu verstehen sei, sonst münde sie "in eine in jeder Hinsicht antiemanzipatorische Identitätspolitik" (ebd.), so bringt er den abstrakten Charakter dieser Art Dekonstruktivismus auf den Punkt. Welche Art der Organisierung ist denn eine "Notwehrorganisierung"? Wann ist eine solche zu

beenden? Ist jegliche Identität ein "Notopfer" in harten Zeiten, dann ist doch auch die "autonome" Identität" eine in Frage zu stellende Organisierung vermeintlich oder tatsächlich Marginalisierter? Was Geronimo als Identitätskritik präsentiert, beantwortet die Frage, wie sich Identitätskritik und eine zwangsläufig auf Identitäten zurückgeworfene Praxis verbinden läßt, nicht.

Kathederdekonstruktivismus

Geronimo versteht demnach seine Feminismuskritik als Kritik an totalitären Identitätskategorien. Er spricht von der "faszinierenden Vision einer revolutionären Einheit zwischen Leben, Politik, Theorie, Kultur, Alltag und Handeln-Können" (Geronimo 1997: 179), die allzu schnell umschlage in Begriffe wie Glaubwürdigkeit und Verhalten, die aufgrund ihres hochgradig ideologischen Charakters im politischen Diskurs als "politische Kategorien" (ebd.) unbrauchbar seien. "Wer in der Politik wessen Privatleben auch immer öffentlich und damit in diesem Zusammenhang 'politisch‘ machen kann, hat die Macht inne. Und vor so einem muß man sich unbedingt in Acht nehmen!" (Ebd: 181) So stellt Geronimo schließlich selbst die Verbindung zwischen Identitätspolitik und dem Streben nach Hegemonie her und verweist somit auf das grundlegende Dilemma: Eine Chance auf hegemoniale Positionen haben letzlich nur identitätspolitisch abgesicherte Interventionen; die geschilderte Abwehr gegen feministische Positionen innerhalb der Autonomen Szene zeigt dies nur zu deutlich. Abstrakte Kritiken an Identität berücksichtigen nicht das politische Feld, innerhalb dessen diese in die bestehenden Strukturen eingepasst werden. Wenn sich eine solche Kritik auch noch in die klassischen Argumente neokonservativer Anti-PC Strategen kleidet, dann kann der antifeministische Kontext nicht mehr von der Hand gewiesen werden.

Es kann hier jedoch nicht darum gehen, jegliche Kritik an feministischen Positionen zu verbieten und in einer Art Trotzreaktion den Benimmregel-Vorwurf nachträglich wahr werden zu lassen. Aber Identitätskritik beziehungsweise Dekonstruktion als theoretische Position, die es erlaubt gesellschaftliche Konstruktionen von vermeintlich vorgängigen Identitäten offenzulegen, muß berücksichtigen, daß es ihr lediglich gelingen kann, diese Dekonstruktion zunächst auf einer beschreibenden Ebene zu vollziehen. Nicht zuletzt verweisen dekonstruktivistische und antiessentialistische Theoretikerinnen wie Gayatri Chakravorty Spivak deshalb darauf, daß diese Art der Kritik nicht ohne Übersetzungsschwierigkeiten in die Praxis umzusetzen ist, sondern lediglich den Unterschied zwischen abstrakter Identitätskritik und einer auf Identitäten aufbauenden Politik markieren kann: "Dekonstruktion ist nicht die Offenlegung von Irrtümern, sondern eine Wachsamkeit angesichts der Tatsache, daß wir ständig genötigt werden, Wahrheiten zu produzieren." (Spivak, zitiert nach Diederichsen: 139)

Gottfried Oy

Superdanke an Astrid, Malou und Micha für Diskussion und Material.

Literatur

Adolphs, Stephan / Serhat Karakayali (1998). "PC-Terror in Campus-World". diskus 1+2, 19-23.

Diederichsen, Diedrich (1996). Politische Korrekturen. Köln.

Frank, Karsta (1996). "PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik". Das Argument 213, 25-38.

Geronimo (1997). Glut & Asche: Reflexionen zur Politik der Autonomen Bewegung. Münster.

"Symbolische" versus "richtige" Politik?

Zur unmöglichen Suche nach der richtigen Politik in der falschen

com.une.farce

In 'der' bundesdeutschen Linken ist die Debatte um den Begriff des Politischen in den neunziger Jahren ein Dauerbrenner geworden. Angesichts der Dynamik des gesellschaftlichen Wandels ist das auch kein Zufall. Die Kontroverse darüber, welche Formen politischen Handelns heute für eine Linke Sinn machen, sprich zur Subversion der herrschenden Gesellschaftsordnung beitragen, verkommt aber zu einer Gespensterdebatte, wenn es dabei nicht um die Fortentwicklung der eigenen Praxis geht, sondern der Abgrenzungsdrang gegenüber anderen Gruppierungen die wesentliche Antriebskraft darstellt. Diskussionen unter Linksradikalen sind oft Veranstaltungen, bei denen das Anliegen, die Assoziation der Freien und Gleichen, nicht mehr aufscheint, sondern in der jämmerlichen Praxis eines dem christlichen Fundamentalismus entlehnten gegenseitigen Exorzismus verendet.

Vor diesem Hintergrund erscheint uns ein vorsichtiges und differenzierendes Vorgehen angebracht, wenn wir uns der Debatte um den Begriff des Politischen nähern. Immer häufiger tauchen in politischen Auseinandersetzungen kritische Bezugnahmen auf den Begriff einer 'symbolischen Politik' auf. Zur Beschreibung bürgerlicher Politikformen erscheint uns dieser Begriff durchaus sinnvoll. Daher betrachten wir seine Brauchbarkeit in der Auseinandersetzung mit den hegemonialen Verhältnissen. Anschließend wollen wir versuchen, zu zeigen, daß eine analoge Verwendung des Begriffs in innerlinken Debatten problematisch ist und häufig der Denunziation mißliebiger linker Praxisformen dient: Hier fungiert der Begriff tendenziell als Schimpfwort und eröffnet eine Ebene der Auseinandersetzung, die wenig fruchtbar ist.

Ausgangspunkt für unsere Überlegungen zu 'symbolischer Politik' ist unser Interesse für die Rolle der 'symbolischen Ordnung' bei der Inszenierung und Stabilisierung bürgerlicher Macht und Herrschaftsformen. Wir bezeichnen als 'symbolische Ordnung' die Strukturen der Repräsentation herrschender Verhältnisse und materieller Machtstrukturen auf der Ebene der Zeichen, sei es über Sprache, visuelle oder akustische Symbole. Die 'symbolische Ordnung' bildet die in der Gesellschaft bestehenden materiellen Gewaltverhältnisse ab, ist aber nicht mit ihnen identisch. 'Symbolische Politik', wie sie für die bürgerlich-repräsentative Demokratie typisch ist, agiert inerhalb dieser Strukturen, benutzt, produziert und reproduziert sie. Linkes politisches Handeln dagegen, das sich mit dieser 'symbolischen Ordung' auseinandersetzt, Formen von Kommunikationsguerilla etwa, führt zwar keine materiellen Angriffe auf die kapitalistischen Gewaltverhältnisse, versucht aber die "Direkte Aktion" gegen deren Legitimation.

Bei einer Analyse bürgerlicher symbolischer Politik ist es wesentlich, diese nicht wie etwa der sozialdemokratische Cheftheoretiker Thomas Meyer als "Die Inszenierung des Scheins" (Frankfurt 1992) mißzuverstehen und in erster Linie als Medienproblem abzuhandeln. Unserer Ansicht nach muß die Frage prinzipieller gestellt werden. Dazu mag es sinnvoll sein, an einige Basisbanalitäten zu erinnern: Im Kapitalismus wird notwendigerweise eine Aufspaltung der Sphären von Politik und Ökonomie imaginiert; der Bereich der Politik als Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen scheint in der Logik bürgerlicher Gesellschaft getrennt vom Bereich der kapitalistisch organisierten Ökonomie. Entscheidend ist dabei, daß die Grundstruktur der Ökonomie als natürlich immer schon gegeben, und somit dem Gesellschaftlichen vorgängig gedacht wird. Auch wenn die politische Sphäre einige demokratische Elemente enthalten mag, ist es ein konstitutives Wesensmerkmal der bürgerlich-repräsentativen Demokratie, daß der "volonté generale" des Souveräns, also der Staatsbürgerin, durch die "Sachzwänge" einer eigentumsförmig organisierten Ökonomie enge Grenzen gesetzt sind. Es geht nun nicht darum, die im bürgerlichen Diskurs vorgenommene Beschränkung des

'Politischen' als naturnotwendig zu akzeptieren als tatsächlich gegeben zu unterstellen. Vielmehr besteht unser Anliegen darin, darauf hinzuweisen, daß diese Beschränkung in der Art und Weise wie bürgerlich-repräsentative Demokratie funktioniert, ständig diskursiv reproduziert wird.

Aus dieser Konstellation ergibt sich eine Ambivalenz von herrschender Politik. Während sie auf der einen Seite dort materiell wirksam in die Sphäre des Gesellschaftlichen eingreift, wo es der als vorgängig gedachten Logik der ökonomischen Sphäre ("Standort Deutschland") entspricht, wird die Integration sozialer Konflikte, die aus der ökonomischen Dynamik resultieren, vor allem auf symbolischer Ebene zu vollziehen versucht. Das permanent geforderte "Bündnis für Arbeit" ist ein Paradebeispiel solcher 'symbolischer Politik': Auch nachdem der fordistische Klassenkompromiß seine materielle Grundlage verloren hat und faktisch längst aufgekündigt ist, zelebrieren Politik, Gewerkschaften und (wenn auch immer widerwilliger) Wirtschaftskreise immer wieder aufs neue die rituelle Beschwörung: "wir sitzen alle im selben Boot". Daß sich in ein "Bündnis für Arbeit" gesetzte Hoffnungen von der millienarischen Ankündigung Kohls, die Arbeitslosigkeit bis zur Jahrtausendwende zu halbieren, allenfalls graduell unterscheiden, muß wohl nicht weiter ausgeführt werden.

Allgemein läßt sich sagen, daß bürgerliche Politik die Funktion hat, grundsätzliche soziale Widersprüche unsichtbar zu machen oder als reines Managementproblem handhabbar erscheinen zu lassen. Das gilt im übrigen nicht nur für Widersprüche, die unmittelbare Folge der kapitalistischen Verfaßtheit bürgerlicher Gesellschaft sind, sondern in ähnlicher Form auch für die Folgen patriarchaler Gewaltverhältnisse.

Im Hinblick auf den gesellschaftlich institutionalisierten Rassismus schließlich besteht eine nur scheinbar paradoxe Situation: Während die materiellen Voraussetzungen rassistischer Unterdrückung auf politischer Ebene kontinuierlich hergestellt bzw. verschärft werden, praktiziert die bürgerliche Politik zugleich auf symbolischer Ebene einerseits antirassisstische Rhetorik ("Deutsche sind ausländerfreundlich"), andererseits einen offen rassistischen Diskurs ("Kriminelle Ausländer abschieben!"). Während in der Sache von rot-grün bis schwarz-braun weitgehende Einigkeit herrscht, hat sich die politische Kontroverse hier vollständig auf die Ebene der symbolischen Präsentation von Politik verlagert. Der rassistische Grundkonsens bleibt dabei unhinterfragt und unthematisiert.

Wie stellt sich nun das Problem der "symbolischen Politik" hinsichtlich einer linken Praxis dar?

Der Vorwurf nur "symbolische Politik" zu betreiben war und ist unter Linken besonders dann sehr beliebt, wenn es darum geht, einer anderen linken Gruppe vorzuwerfen, daß sie nur folgenlose Stürme im Wasserglas produziere. Dabei verkam der Begriff zum Schimpfwort für ein politisches Handeln, das im Verdacht steht, es nicht ganz ernst zu meinen mit dem vorgebrachten Anliegen. Als "symbolische Politik" wurden etwa bestimmte Aktionen der Friedensbewegung in den Achtziger Jahren kritisiert. Hier wurde diskutiert, ob es sich tatsächlich um einen entschiedenen Widerstand gegen die NATO-Aufrüstung handelte, oder darum, das eigene gute Gewissen abzusichern. Vorgeworfen wurde den "Lila-Tücher-TrägerInnen", daß ihre "symbolische Politik" mit angezogener Handbremse und der ständigen Inszenierung der eigenen Friedfertigkeit kein angemessener Ausdruck der friedensbewegten apokalyptischen Visionen und Horrorszenarios war.

Wenn eine solche Kritik in vielen Fällen auch zutraf, ging der Streit doch im Grunde eher darum, daß das linksliberale Bürgertum keine revolutionäre Perspektive einnahm. Der symbolisch inszenierten Friedfertigkeit setzte die radikale bzw. autonome Linke eine gleichermaßen symbolische Militanz der direkten Aktion entgegen. Der notwendige Streit um die inhaltliche Perspektive wurde hauptsächlich anhand der Aktionsformen geführt. Der Denkfehler bestand dabei darin, einer bestimmten Form der Praxis eine unmittelbare Essenz zuzuschreiben. Es wurde schlicht verkannt, daß die Straßenmilitanz der Autonomen, selbst wenn sie sich als Ausdruck revolutionärer Entschlossenheit imaginierte, doch auch nichts anderes als 'symbolische Politik' war (Dagegen läßt sich der Vorwurf 'symbolische Politik' kaum gegen eine Militanz erheben, die Flüchtlinge gegen Nazis oder den Staat verteidigt).

Daher erscheinen uns ähnliche Vorwürfe mittlerweile eher als Ausdruck eines Kampfes um "symbolisches Kapital" denn eines Ringens um eine gesellschaftsverändernde Praxis. Es geht dabei mehr um "Die feinen Unterschiede" (Bourdieu), denn um das Bemühen, sich und andere zu bewegen, das Richtige zu tun. Problematisch wird es, wenn die Kritik an 'symbolischer Politik' nur noch dazu dient, mißliebige Fraktionen als reaktionär oder im besten Falle unerheblich zu denunzieren.

Konstitutiv für linke Politik ist die materialistische Gesellschaftanalyse. Die Kritik der politischen Ökonomie ist zentral in linken Analysen gesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei ist die Frage nach der ökonomischen Struktur der Gesellschaft einer der notwendigen Ausgangspunkte (aber nicht der einzige) für das Austragen gesellschaftlicher Widersprüche und den Kampf um gesellschaftliche Veränderung. Gegenwärtig erscheint diese Feststellung allerdings als Abstraktum. Zwar blamiert sich die Behauptung vom Ende der Geschichte und der marktförmigen bürgerlichen als der besten aller denkbaren Gesellschaften täglich immer wieder von neuem. Doch entspricht dieser Analyse derzeit keine konkrete Handlungsmöglichkeit. Eine soziale Bewegung, die sich anschickt der kapitalistischen Wolfsgesellschaft den Garaus zu machen, ist nicht in Sicht. Vielmehr muß die soziale Basis für ein gesellschaftveränderndes Projekt erst mühsam wieder rekonstruiert werden.

In dieser Situation gibt es unterhalb der unerreichbar scheinenden Ebene 'der' Revolution zwei mögliche Ebenen linker Praxis. Einmal besteht auf der symbolischen Ebene die Möglichkeit, auf gesellschaftliche Widersprüche hinzudeuten und dieselben sichtbar zu machen, also in die Auseinandersetzung um die Repräsentation gesellschaftlicher Verhältnisse einzugreifen. Zum anderen stehen auf der materiellen Ebene Versuche, die Auswirkungen dieser Widersprüche im Alltag der Menschen zumindest halbwegs erträglich zu halten. Gemeinhin wird Letzteres innerhalb der radikalen Linken als reformistisch bezeichnet. Gegenüber beiden Formen von Praxis ist der Vorwurf, es handele sich letztlich nur um 'symbolische Politik', ebenso zynisch wie billig zu haben.

Unsere Kritik an der Kritik der 'symbolischen Politik' setzt in erster Linie daran an, daß darin die Denkfigur eingeschrieben ist, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen tatsächlich eine 'symbolische' von einer 'wirklichen' linken Politik unterscheidbar sei. Dieser Trugschluß macht eine Trennung auf, die in der Perspektive der Ohnmacht gar nicht existiert. Der Vorwurf unterstellt, es gäbe für die Linke derzeit eine 'wirkliche' reale Politik. Eine Linke, so wie sie im Moment in den imperialistischen Zentren verfaßt ist, die weit davon entfernt ist, die Machtfrage stellen zu können, kann gerade aber gar nichts anderes unternehmen, als 'symbolische Politik' zu praktizieren.

Linken Aktionen vorzuwerfen, sie würden keine revolutionären Handlungen darstellen (weil sie sich beispielsweise nicht gegen den Wert oder gegen die Arbeit richten) erscheint uns ziemlich daneben. Das Problem dieser Kritik ist tatsächlich, daß sie die bestehende Dialektik von 'symbolischen Effekten' und 'realen Wirkungen' (was etwas anderes ist als die Dialektik von "Reform und Revolution") nicht denken will. Auf der Ebene von linker politischer Praxis haben wir mit dieser Differenz kein Problem. Unterhalb der Ebene 'der' Revolution, die die kapitalistische Produktionsweise aufhebt, ist nämlich so ziemlich alles 'symbolische Politik'. Und der Mythos der Revolution ist als Meßlatte politischer Praxis offensichtlich ungeeignet. Das revolutionäre Phantasma impliziert, daß der Kapitalismus ein Zentrum habe, das es mit revolutionärer Gewalt aus den Angeln zu heben gelte; das Winterpalais, der Geldspeicher des Dagobert Duck. Es ist ein bürgerlicher (Alp)traum, der gerade jene Differenz nicht begreifen kann, die bürgerliche von feudaler Herrschaft unterscheidet.

Revolutionäre Rhetorik spielt bei der derzeitigen Verfaßtheit der Linken kaum eine Rolle mehr. Fatal ist es aber auch, wenn aus der Unmöglichkeit einer "wirklichen" politischen Praxis heraus der Rückzug in den Elfenbeinturm der wahren Kritik nicht nur angetreten, sondern auch von anderen gefordert wird: Die Lösung wird in der Verordnung bestimmter Theorien, bestimmter Formen der Kritik gesucht. Je marginaler die radikale Linke ist, umso heftiger ringen ihre selbsternannten Strategen um die Lufthoheit über den Maulwurfslöchern der verbliebenen Aktivisten. Es wird allemal Energie und Zeit dafür aufgewandt, die 'richtige Linie' zu überwachen und nach Möglichkeit jede/n der da weiterbuddelt zu belehren, daß er

oder sie nichts anderes als die Türöffner von diesem oder jenen -ismus sei. Das Elend dieser Ideologiekritik besteht nun nicht in erster Linie in dem Distinktionsbedürfnis von anderen Linken und den damit verbundenen Allmachtsphantasien; vielmehr ist es der Aberglaube, eine bestimmte Abfolge von Zeichen wäre der Garant einer richtigen Einschätzung und die Annahme einer 'richtigen' Kritik verweise auch auf das richtige Handeln.

Insofern ist auch jegliche (Ideologie-)Kritik der Radikalen Linken 'symbolische Politik'. Jedes Flugblatt und jedes Transparent ist nichts anderes als die sprachliche, visuelle oder akustische symbolische Repräsentation von Kritik. Der entscheidende Punkt ist aber, wie diese Repräsentation von Kritik den Rahmen von gesellschaftspolitischem Handeln absteckt, beeinflusst, bereitet oder beeinträchtigt. Gesellschaftsveränderndes kollektives Handeln bedarf der Delegitimation der symbolischen Ordnung. Hier liegt der wesentliche Unterschied zwischen einer radikal linken und einer bürgerlichen/sozialdemokratischen Politik: Werden in einer (symbolischen) politischen Handlung grundlegende gesellschaftliche Widersprüche sichtbar, oder werden sie verdeckt? Beinhaltet die politische Intervention eine Zuspitzung, die die konkrete Situation überschreitet, oder verbleibt sie in selbstverständlicher Akzeptanz des Bestehenden?

Diese Überlegungen erklären auch, warum wir uns auf den Begriff "symbolische Dissidenz" nicht positiv beziehen wollen. Es geht nicht um ästhetische oder formale Abgrenzung. Ebensowenig geht es uns darum, von Mikropolitiken oder Subkulturen eine permanente Subversion einzufordern, die nicht rekuperierbar und vereinnahmbar ist (vgl. a. autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe: Subkultur, Subversion, Supervision). Gegenwärtig steht auf der Tagesordnung, den Traum von einem anderen, menschenwürdigen Leben wieder denkbar zu machen. Die Verwirklichung der konkreten Utopie der Freien und Gleichen steht in einem engen Zusammenhang mit der Delegitimierung der herrschenden Ordnung. Hierzu bedarf es gegenwärtig der symbolischen wie praktischen Repräsentation alternativer Vorstellungen über die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen.

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe

Umherschweifende Hofnarren

Das Netz als Utopiemaschine

com.une.farce

Marketingabteilungen sind seit ca. drei Jahren dazu übergegangen, Werbung für das von ihnen zu verkaufende Gut mit einer kleinen, mehr oder minder beiläufig eingeblendeten Zeile, die mit http anfängt, zu schmücken. Bei maximal fünf Prozent der Bundesdeutschen, die zur Zeit einen Internetanschluß haben (ob sie ihn nutzen, steht auf einem anderen Blatt), scheint der "Gebrauchswert" dieser Information zweifelhaft. Richtig, diese fünf Prozent - und nicht irgendwer - sie sind jung und kaufkräftig. Dennoch ist zweifellos wichtiger, daß so eine Internetadresse Zukunftsfähigkeit, zumindest jedoch Zeitgemäßheit signalisiert.

Hype

Internet und Zukunft gesellen sich gerne zusammen. Das meint in einer schwachen Variante, daß gerne über die Zukunft des Internet spekuliert wird, häufiger wird jedoch das Internet eine Zutat von Zukunft schlechthin. Das könnte nun bedeuten, daß die Gegenwart des Internet derart fade ist, daß man lieber davon schweigt. Auf jeden Fall bedeutet es jedoch, daß es irgendwie gelungen ist, den Technologien, die unter dem Namen Internet zusammengefaßt werden, einen kräftigen Hauch von Zukunft beizumischen.

Dem entspricht ein ruheloses Hetzen von einer technischen Innovation zur nächsten, meist in der Form von "Hypes", die wie Buschfeuer die Wege des Internet entlangheizen. Der jeweilige "Hype" ist die Zukunft, zumindest mittelfristig. Wenn die Zukunft dann da ist, nach ein paar Jahren, zeigt sich erst, was übrig bleibt. Bis es jedoch so weit ist, duldet das Internet vieles gleichzeitig nebeneinander.

Nur Weniges erreicht dann tatsächlich einen Massenmarkt. Das ist die Verheißung, denn einen Massenmarkt frühzeitig zu besetzen, ist eine Goldader und sei es nur, weil man dann von einem Riesen gewinnträchtig geschluckt wird.

Nach Westen!

Doch auch ohne die Hoffnung auf den Hauptgewinn, die echte Goldgrube, träumen viele von dem Auskommen über besondere Findigkeit im Netz. Auf diesem inzwischen doch recht beeindruckend großen Testmarkt gibt es nämlich wirklich Bedarf für die kleinen Innovativen, die für die Großen die Arbeit der ersten Phase im Zyklus eines Produkts machen. Karrieren von Studienabbrechern, die drei Jahre nach ihrem Abgang mit ihrer Internetfirma (Yahoo!) so viel verdient haben, daß sie ihrer alten Alma Mater ein paar Milliönchen spenden können, sind der Stoff, aus dem der Traum des freien Westens gemacht wird. Eine Reaktualisierung erfährt inzwischen das Phantasma vom großen Glück, das jenseits der Frontier warte. Dort, wo unbestelltes Land urbar gemacht werden will, wo das Gold rauscht, wo ein Tüchtiger nur und ausschließlich nach seinem Verdienst geadelt wird. Was früher als jungfräuliches Territorium imaginiert war, ist heute der Cyberspace, den es zu kolonisieren gilt.

Akademische Hofnarren

Im Windschatten der Hypes hat ein buntes Völkchen seine Zelte aufgebaut. Z.B. sind ein paar Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen irgendwann nach ’93 auf den Zug aufgesprungen und wollen nun als ExpertInnen gelten. Unter dem selbstgestellten Auftrag, "begriffliche Schneisen" in das unbekannte Land des Cyberspace hauen zu wollen, schwatzen sie von dem Neuen, das da auf uns warte, das plötzlich die Zeit, den Raum, die Moderne, das Gutenberguniversum, alles, was wir bisher kannten (und nicht mehr gar zu sehr lieben), zu einem Ende bringe. Das hat etwas von der bereits beschriebenen Landnahme im Nirgendwo, ist jedoch nur seine Begleitmusik. Wenn auf Internet-Tagungen und in Rundfunk-Features solche Figuren auftreten, erinnern sie immer ein bißchen an den Hofnarren, der die Bonmots, die seinen Herren gefallen, liefert. Er darf dabei auch mal kritisch sein, solange er gefällt. Und er gefällt genau bis zu dem Zeitpunkt, an dem er irgendetwas, was den Herren gefällt, grundsätzlich in Frage stellt. Deshalb tut er’s nicht.

Cyberproletariat

Der Hochschulanzeiger der FAZ von diesem Wintersemester empfiehlt all den virtuell arbeitslosen Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen das, was sie können, im und um das Internet zu tun. Was können die überhaupt? Sie können laut FAZ mit Texten umgehen, sie können den Content produzieren, den die neuen Medien so dringend brauchen. So hofft so mancheR GermanistIn der sicheren Erwerbslosigkeit, oder doch zumindest dem dräuenden SachbearbeiterInnenjob von der Kippe zu springen. Wenn schon niemand die Bücher und Artikel drucken, geschweige denn lesen möchte, die sie schreiben, dann doch wenigstens die Multimediaproduktionen und Webseiten, die sie machen. Nun. Computerkompetenz ist tatsächlich ein echter Wettbewerbsvorteil auf dem gesättigten Markt der TextproduzentInnen, zumindest solange noch nicht jeder Depp sie hat, und das wird noch eine Weile so bleiben. Der Wettlauf ist eröffnet.

Die kleinen Innovativen und die akademischen TrittbrettfahrerInnen sind die besten Handlungsreisenden in Sachen Internet, die PropagandistInnen an der Basis.

Auch die Alten ...

Eine Durchsicht der Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die sich seit ’93 mit dem Internet belassen, fördert ein ähnliches Phänomen zutage. Wo diese "alten" Medien vor ihrem eigenen Internetengagement skeptisch abwartend bis gar nicht vom Internet sprechen, sind sie danach des Mundes voll vom zukunftsweisenden Charakter zumindest ihres eigenen Angebots. Und sie müssen auch innerhalb dieser eigenen Webseiten die jeweiligen "Hypes" mitvollziehen, nicht alle, ein "Relaunch" des Webangebots einer großen Zeitung kommt nur alle paar Monate, aber über diesen Weg gelangen die Hypes wiederum in eine breitere Öffentlichkeit. Daß die "alten" Medien so reagieren leuchtet ein, ihnen sitzt die Angst im Nacken, "alt" auszusehen, so umarmen sie ihren vermeintlichen Totengräber zuerst einmal heftig, oder, kaufen sich, wie das ZDF bei Microsoft, bei ihm ein.

Die private und die öffentliche Hand

Bei alledem kommt es zu einer ein bißchen paradoxen Entwicklung. Die kleinen Innovativen und die anderen (häufig akademischen) Trittbrettfahrer, wie auch die etwas verängstigten Macher der "alten" Medien erzeugen derzeit einen guten Teil des wirklich nützlichen "Content" des Internet (WWW). Wenn das Internet die Zukunft sein soll und es in der Gegenwart einen nicht gerade umhaut, der böse Verdacht, der oben ja schon einmal geäußert wurde, dann muß die Gegenwart eben zukunftsfähig gemacht werden. Die derart sich selbst erfüllende Prophezeiung wird eintreffen, allerdings nicht zugunsten der heute investierenden Würstchen. Es ist jedenfalls nicht zu leugnen, daß neben den inzwischen unübersehbar auftretenden global players (Gates, Bertelsmann, ...) jede Menge Kraft, Intelligenz und nicht

zuletzt Geld von Privatpersonen, mehr oder minder öffentlichen Institutionen und Redaktionen der "alten" Medien in das Internet gepumpt wird. Und das passiert übrigens weitgehend ohne jeden Rücklauf, sei er auch nur immateriell. Stellt Euch vor, es gäbe keinerlei öffentliche Subvention des Internet mehr (z.B. an den Unis!), stellt Euch vor, es würde niemand mehr in mühsamer Heimarbeit nützliche Inhalte zusammenstellen und für lau allen zur Verfügung stellen, zumindest das WWW, das Zugpferd des Internet, wäre trist und leer.

Daß so viele Leute da mitmachen, ist vielleicht das Bemerkenswerteste. Was die Individuen an Mühsal investieren, ist natürlich zunächst einmal ihre Sache. Ich hoffe, daß sie wissen, was sie da tun. Bei den sogenannten öffentlichen Institutionen sieht das allerdings ein wenig anders aus. Es ist schon ein wenig befremdlich, wie mit leichtem Zögern bei immensen Sparvorgaben durch die jeweiligen Ministerien die Universitäten ganze Fachbereiche buchstäblich dichtmachen, daß auf der anderen Seite völlig ohne zu zogern Computer für den Internetbetrieb angeschafft werden, die so viel kosten wie der jährliche Unterhalt eines ganzen wenn auch kleinen Fachbereiches (und die in drei Jahren hoffnungslos veraltet sind). Natürlich ist die Alternative "Osteuropäische Geschichte oder Internet" falsch. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der Vorrang der Computer derart selbstverständlich zu sein scheint, daß nicht einmal der Hauch einer Diskussion um die Sinnhaftigkeit dieser Millionenanschaffungen zu spüren ist. Das Internet ist die Zukunft, das steht für alle fest, von links bis rechts.

Die Zukunft der Gegenwart

Die Beschäftigung mit derartigen Zukunftsvisionen taugt nicht dazu, die Zukunft vorauszusehen, viel sagt sie jedoch über die Beschaffenheit der Gegenwart aus. Umberto Eco, der heute in der ZEIT zuweilen unsäglichen Krampf über Computer und Internet verbreitet, hoffte noch 1967, es könne sich aus "den Love-ins bis zu den Sit-in-Meetings der Studenten auf dem Campus-Rasen die Form einer künftigen Kommunikations-Guerilla entwickeln". Damit meinte er eine wünschenswerte Zukunft der (Massen-) Kommunikation, in der die Menschen sich der allpräsenten "anonymen Gottheit der Technologischen Kommunikation" über neue unvermittelte Kommunikationsformen widersetzen würden. In Sit-und Love-Ins heute irgendeine Zukunftsvision angedeutet zu sehen, wer würde sich das noch trauen? Diesen Platz hat heute das Internet eingenommen. In der Tat besteht nicht nur über die Person Ecos eine Verbindungslinie von der Kommunikationsutopie der 60er zu der von heute. Richard Barbrook and Andy Cameron haben in ihrem Artikel "The Californian Ideology" nachgezeichnet, wie die Erben Reagans und der Hippies sich dann doch irgendwie gefunden haben: "This bizarre hybrid is only made possible through a nearly universal belief in technological determinism. Ever since the ’60s, liberals - in the social sense of the word - have hoped that the new information technologies would realise their ideals. Responding to the challenge of the New Left, the New Right has resurrected an older form of liberalism; economic liberalism." Die Reduktion des Nachdenkens über Technologie zu krudestem Technikdeterminismus, und die Reduktion der Hoffnung auf Befreiung zu marktliberalem Tralala ("free flow of information" als oberste Direktive), sind die Vorzeichen unter welchen das Internet zur Utopiemaschine geraten könnte. Höchste Zeit, dies in Frage zu stellen.

Thomas Berker

'Aschenputtel bringt sich auf den Markt'

Ein Interview mit der Jiskra-Mitarbeiterin Britta Schmitt zur Situation mittel- und osteuropäischer Frauen in Frankfurt am Main

com.une.farce

Das Projekt *Jiskra* wurde 1995 von *agisra* und der *ökumenischen Asiengruppe* ins Leben gerufen. Beide Trägervereine arbeiten schon seit geraumer Zeit gegen rassistische und sexistische Praktiken im Umgang mit Migrantinnen aus Lateinamerika, Afrika und Südostasien. Neben der konkreten sozialarbeiterischen Unterstützung in Form von Behördengängen, Gesundheitsversorgung oder Unterkunft in Frauenhäusern, leisten beide Vereine Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, um über die strukturellen Hintergründe frauenspezifischer Migrationsstrategien zu informieren.

Mit dem Niedergang der staatssozialistischen Länder verschob sich auch die Zusammensetzung der Migrantinnen in der BRD. Die geographisch naheliegenden mittel- und osteuropäischen Ländern erweisen sich für in- und ausländische Händler und Vermittler als lukrativer Markt, den auch die ökonomisch schlechtgestellten Frauen notgedrungen für sich nutzen. Vor Ort in Frankfurt am Main äußerte sich das in einer steigenden Anzahl osteuropäischer Migrantinnen, denen aufgrund sprachlicher Schwierigkeiten und Überlastung der Mitarbeiterinnen der Trägervereine nur unzureichend geholfen werden konnte. So wurde 1996 mit Hilfe von Spenden eine Stelle geschaffen und eine Broschüre zur `Situation von mittel- und osteuropäischen Frauen in Frankfurt am Main und Umland´ herausgegeben. Mittlerweile finanziert sich *Jiskra* vorwiegend aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums, ist aber nach wie vor auf zusätzliche Unterstützung angewiesen.

com.une.farce: Welche Migrationsformen lassen sich bei den Frauen unterscheiden?

Britta Schmitt: Da gibt es zunächst Heiratsmigration. Manche Frauen aus der Ukraine oder auch aus Russland kommen mit einem dreimonatigen Touristenvisum hierher und versuchen dann, einen Mann zu finden. Das gelingt manchmal, es gelingt aber vor allem über Agenturen.

Dann bietet das neue Kindschaftsrecht auch die Möglichkeit, daß eine Frau, die von einem deutschen Mann schwanger ist, den Aufenthaltsort frei wählen kann. Sie kann also den Ort bestimmen, an dem sie `das deutsche Kind´ aufziehen will. Voraussetzung ist allerdings, daß der Mann die Vaterschaft ausdrücklich anerkennt. Ein in Deutschland lebender Ausländer mit unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung kann der Frau ebenfalls ein Aufenthaltsrecht in Deutschland verschaffen, wenn er die Vaterschaft anerkennt. Die Neufassung des Kindschaftsrechts hat mit der Gleichstellung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu tun.

An Migrationsformen von Frauen gibt es dann noch Au-pair. Da haben wir aus Tschechien viele junge Frauen, die nach Frankfurt in die Familien kommen. Zum Teil erwarten die Familien sehr viel mehr als acht Stunden Arbeit von den Au-pair-Mädchen, was nicht zulässig ist. Die Familie muß ihnen auch eine Monatskarte stellen. Häufig wird diese Bedingung des Au-pair-Vertrages aber nicht erfüllt, so daß die junge Frau sich in Frankfurt kaum bewegen kann und isoliert in der deutschen Familie lebt. Das sind teilweise schon recht ausbeuterische Verhältnisse, in denen die Frauen als Au-pair-Mädchen arbeiten müssen. Deswegen fliehen viele aus der Gastfamilie und verlieren dadurch ihr Aufenthaltsrecht. Denn das ist an den Vertrag mit der jeweiligen Familie gebunden.

Des weiteren gibt es die Migration in die Lohnarbeit, also im Haushalt oder in Hotels als Zimmermädchen oder Kellnerin. In Frankfurt nehmen einige Cafés ganz gerne illegale Osteuropäerinnen als Bedienung. Doch was heißt schon illegal? Das Problem der Illegalität wird von den Frauen so gelöst, daß sie zunächst als Touristin für drei Monate einreisen. Dann ist ihr Aufenthaltsstatus legal, nur arbeiten dürfen sie nicht. Wenn sie bei der Arbeit angetroffen werden, versuchen sie eben abzustreiten, daß sie wirklich dort arbeiten. Auch von Arbeitgeberseite wird dann gesagt, daß sie eine Bekannte sei, die aushelfe. Wir kennen Polinnen, die von Arbeitgebern drei Monate beschäftigt werden und dann wieder ausreisen müssen, während eine Bekannte die Stellung für die nächsten drei Monate übernimmt und so im Wechsel weiter.

Dann haben wir als fünfte Migrationsform den Bereich der Prostitution. Dieser Bereich überschneidet sich in der Regel mit anderen Migrationsformen. Es gibt beispielsweise Osteuropäerinnen, die mit deutschen Männern verheiratet sind und hier in der Prostitution arbeiten. Manchmal erwartet ihr deutscher Ehemann von ihnen, daß sie als Prostituierte arbeiten. Manche Frauen gehen auch eine "Scheinehe" mit einem Deutschen ein, um dann mit legalem Aufenthaltsstatus in der Prostitution arbeiten zu können, mit dem Ziel, in das Herkunftsland zurückzukehren, wenn sie genug Geld verdient haben.

Zudem gibt es viele Formen von informeller Prostitution. Diese Frauen bewegen sich in Swingerclubs, wo sie Männer kennenlernen, mit denen sie "auch mal nur so" ausgehen. Sie werden dann nicht in dem Sinne als Prostituierte entlohnt, sondern erhalten "Geschenke".

Außerdem reisen viele Frauen illegal ein, um hier in der Prostitution zu arbeiten, wobei ihnen häufig dieser Aspekt der Illegalität gar nicht so klar ist. Deutschland wird als freies Land betrachtet, wo die Arbeit in der Prostitution nicht verboten sein kann. Das geht solange gut, bis die nächste Razzia kommt. Dann wird meistens kurzer Prozeß gemacht. Wertgegenstände, Kleidung, Geld bleiben am Verhaftungsort zurück und werden von Dritten angeeignet. Die Frauen kommen in Abschiebegefängnisse und werden ausgewiesen.

Dann gibt es noch die Frauen, die wirklich gezwungen worden sind, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hergelockt wurden. Denen hat man versprochen, sie könnten hier als Tänzerinnen, Kellnerinnen oder ähnlichem arbeiten. Direkt vor oder nach der Einreise wird diesen Frauen der Paß abgenommen. Sie werden dann in Wohnungen gebracht und zur Prostitution gezwungen. Zum Teil sind das sehr junge Mädchen.

In der von agisra und der ökumenischen Asiengruppe 1996 herausgegeben Broschüre *Projekt Jiskra*, konstatiert die Autorin Anne-Margret Kießl eine steigende Anzahl osteuropäischer Migrantinnen in Frankfurt am Main. In welchem Zusammenhang steht die verstärkte Migration von Frauen mit der Transformation der staatssozialistischen Länder?

In Russland, aber auch in den anderen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion wurden bereits seit 1991 die staatlichen Betriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt. Bei dieser Umwandlung wurden überdurchschnittlich viele Frauen nicht in ein neues Arbeitsverhältnis übernommen. Im Zuge der rechtlichen Umgestaltung der Staatsbetriebe in eine Aktiengesellschaft wurden gerade Frauen nicht wieder eingestellt. Auf diese Art und Weise war es möglich, z.B. Frauen im Mutterschaftsurlaub loszuwerden, die nach russischem Recht nach wie vor Anspruch auf den Arbeitsplatz gehabt hätten. Ähnliches gilt für Frauen, die zum Zeitpunkt der Umwandlung schwanger waren oder häufig fehlten wegen Krankheit ihres Kindes.

Allgemeiner könnte man vielleicht sagen, daß dort die Ware Arbeitskraft jetzt auch genauer danach begutachtet wird, wie nützlich sie für den Betrieb ist. Früher hat es das im Staatssozialismus so nicht gegeben. Frauen gelten seither als schlechtere Arbeitskräfte, weil sie höhere Fehlzeiten haben. Deshalb sind gerade Frauen überdurchschnittlich häufig entlassen worden. Und es ist sehr schwer - auch für gut ausgebildete Frauen - dort einen "angemessenen" Arbeitsplatz zu finden. In Russland ist die größte Berufsgruppe unter den arbeitslosen Frauen die der

Ingenieurinnen.

Was bedeuten die EU-Osterweiterungspläne in Bezug auf die Arbeitsmigration von Frauen? Denkst du, daß sich dadurch etwas an dem momentanen rechtlichen Status der Frauen ändern wird?

Ich denke nicht, daß sich durch die Angliederung an die europäische Union eine positive Veränderung im Sinne der Arbeitsmitgrantinnen eintreten wird. Es ist eher so, daß sich die EU durch das Schengener Abkommen immer stärker abschottet, auch gegenüber Staaten, die schon im Europarat sind, oder denen eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt wird, wie einigen osteuropäischen Staaten. ArbeitsmigrantInnen will man hier nicht haben. Ich halte die Entwicklung für sehr restriktiv und sehe auch keine Chancen, daß sich etwas für MigrantInnen verbessern wird.

Was ist die zahlenmäßig größte Personengruppe in Frankfurt und Umgebung und mit welcher seid ihr am häufigsten befaßt?

Unsere Klientinnen arbeiten größtenteils im Prostitutionsbereich. Man kann sagen, daß es in Frankfurt so zwischen 1.300 und 1.500 Prostituierte gibt, und daß davon etwa 90% Migrantinnen sind. Ein zunehmender Anteil der Frauen kommt aus Osteuropa, wobei ich nicht abschätzen kann wieviele es genau sind. Die osteuropäischen Prostituierten tauchen im Bahnhofsviertel kaum auf, da sie vorwiegend in Clubs, Saunen oder Hostessenwohnungen arbeiten. Es gibt ungefähr 150 - 170 Hostessenwohnungen in Frankfurt, in denen zwischen 2 bis 7 Frauen arbeiten. Da ist der Anteil an Osteuropäerinnen sehr hoch.

Wie kommt es zu dieser Struktur?

Es liegt wohl zum einen daran, daß die Prostitution, die in den staatssozialistischen Ländern ja verboten war, vorwiegend im privaten Bereich organisiert wurde. Die privatisierte Form der Prostitution in Wohnungen ist für die Frauen einfach geläufig. Zum anderen sind sehr brutale Vermittler am Werk, die natürlich die Frauen in Wohnungen sehr viel besser kontrollieren und abschotten können.

Welche Schwierigkeiten ergeben sich für die Frauen aus dem besonderen rechtlichen Status der Prostitution als illegalem Gewerbe? Und inwiefern verschärfen sich dadurch und durch den illegalen Aufenthalt der Frauen ihre Arbeitsverhältnisse?

Prostitution als Gewerbe ist ja an sich nicht illegal. Nur die Förderung der Prostitution ist strafbar. Ohne gesicherten Aufenthaltsstatus dürfen die Frauen hier allerdings nicht arbeiten. Dagegen verstoßen sie, wenn sie in der Prostitution tätig sind. Das macht sie illegal.

Die Illegalität bedeutet natürlich eine permanente Angst vor Razzien und eine stärkere Ausbeutbarkeit als bei deutschen Prostituierten. Von Vermittlern, Schleppern und Zuhältern wird den Frauen gesagt, sie hätten Schulden abzuarbeiten, weil durch die Einschleusung nach Deutschland Unkosten entstanden seien. Die Forderungen können zwischen 10.000 und 30.000 US-Dollar liegen. Solange sie die entsprechende Summe nicht abgearbeitet haben, kriegen sie ihren Paß nicht zurück.

Die Miete liegt häufig bei ein paar hundert Mark am Tag, auch in den Wohnungen. Das heißt, wenn eine Nummer beispielsweise 50 Mark kostet, dann braucht sie schon fünf Freier am Tag allein, um ihre Miete zu bezahlen. Dann hat sie aber noch nichts gegessen, geschweige denn einen Gewinn gemacht. Das ist schon ein extremes Maß an Ausbeutung. Und die Frauen können nicht einfach sagen: `Ich hör auf mit dem Job und fahr nach Hause´. Denn sie werden bedroht und es besteht

diese Schuldknechtschaft.

Wie nehmt ihr Kontakt zu den Frauen auf?

Es gibt zwei Wege, die wir beschreiten. Zum einen machen wir Streetwork in den Saunaclubs, oder auch Hostessenmailing zusammen mit "Tamara", einer Frankfurter Beratungsstelle für Prostituierte. Unser aktuelles Projekt besteht in der Verschickung von Aufklärungsbroschüren, die quasi als Türöffner fungieren sollen, um an Frauen heranzukommen, die Opfer von Menschenhandel sind.

Der andere Weg läuft über die Polizei. Menschenhandel gilt als Kontrolldelikt, das heißt das Vergehen wird meist nur bei Razzien aufgedeckt und kommt praktisch nie durch Dritte zur Anzeige. Hier ist wichtig, daß die Polizei uns einschaltet, damit wir mit der Frau in ihrer Muttersprache erstmal abklären, wie ihre Lage ist. Wir fragen dann, ob sie hierbleiben will, was sie erlebt hat, ob sie die Aussage verweigern will und versuchen, sie parteilich in einem Prozeß oder bei der Heimreise zu begleiten. In der Beratungsstelle sprechen wir Russisch und Polnisch.

Wie nehmen euch die Frauen wahr, wenn der erste Kontakt über die Polizei läuft, mit der sie eventuell schon schlechte Erfahrungen gemacht haben?

Im Allgemeinen gelingt es darzustellen, daß wir keine Gehilfinnen der Polizei sind. Das äußert sich zum Beispiel in der Schweigepflicht, an die wir uns in Bezug auf vertrauliche Gespräche mit den Klientinnen gebunden fühlen. Vom LKA wird das grundsätzlich akzeptiert, bei der Polizei auf lokaler Ebene jedoch eher nicht.

Im Unterschied zu unseren Rheinland-Pfälzischen Kolleginnen lehnen wir es ab, bei Razzien anwesend zu sein. Wir versuchen deutlichen Abstand zur Polizei zu halten.

In den letzten Monaten hat sich auf offizieller Ebene, zum Beispiel im Bundesfamilienministerium oder der EU-Ministerkonferenz im April letzten Jahres (vgl. agisra Rundbrief Nr.21, S. 55f.) zum Thema Frauenhandel einiges getan. Insbesondere der `Opferschutz´ - keine sofortige Abschiebung - soll zum Zwecke besserer Strafverfolgung von beispielsweise Zuhältern verbessert werden. Für die Frauen ergibt sich aus ihrer momentanen Situation das Dilemma, zwischen Abschiebung oder fortgesetzter Ausbeutung wählen zu müssen. Was empfehlt ihr den Frauen?

Wir sind auch immer wieder ratlos, was wir den Frauen empfehlen sollen. Es werden uns ja auch Fälle bekannt, wo Frauen Opfer von Straftaten wurden und die Polizei davon noch nichts weiß. Rät man jetzt der Frau zur Polizei zu gehen? - Das kann man praktisch nicht, weil das ein absolutes Roulettespiel für die Frau ist. Wir müssen das dann auch so offen sagen, und sie fragen, ob sie es wagen will oder nicht. Denn wir können überhaupt nicht einschätzen, wie das für die Frau ausgeht. Es liegt im Ermessensspielraum des Beamten, der die Aussage aufnimmt, ob er den Fall für so gravierend hält. In diesem Fall besteht für die Frau die Chance, möglicherweise sogar bis zum Prozeßende hier einen Aufenthaltsstatus zu bekommen. Das kann bis zu zwei Jahren dauern.

Im anderen Fall wird die Frau eben abgeschoben. Dann hat sie sich eigentlich nur dadurch geschadet, daß sie zur Polizei gegangen ist. Denn gleichzeitig wird es ihr von den Vermittlern und den Zuhältern übelgenommen, daß sie diesen Schritt gemacht hat, so daß sie auch von dieser Seite mit Repressalien rechnen muß.

Da wird schon deutlich, daß man bei der Kooperation mit der Polizei immer deren Strafverfolgungsinteresse im Blick behalten muß. Den Beamten geht es nicht um eine Stärkung oder Parteilichkeit für die Frauen oder um die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen.

Die rechtliche Handhabe der polizeilichen Aktivitäten ist durch das Strafdelikt Menschenhandel gegeben. Kannst du sagen, was darunter zu verstehen ist?

Es gibt eine enge juristische Definition von Menschenhandel. Im Strafgesetzbuch ist übrigens nicht von Frauenhandel sondern von Menschenhandel die Rede, obwohl praktisch nur Frauen von Menschenhandel betroffen sind. Im Gesetz heißt es, daß jemand, der die hilflose Lage, die mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, bei einer Person ausnützt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution zu bestimmen, die Straftat Menschenhandel begeht. Menschenhandel ist nach dem Gesetz also immer mit Prostitution verknüpft. Es ist ein Handel von Frauen in die Prostitution.

Im Gegensatz dazu sind für uns generell Täuschung und Zwang die entscheidenden Kriterien für Frauenhandel. Wenn die vorliegen, das heißt wenn eine Migrantin getäuscht und in Arbeitsverhältnisse gezwungen wird, dann sprechen wir von Frauenhandel.

Das gilt dann selbstverständlich auch für andere Arbeitsbereiche wie im Haushalt, als Kellnerin, oder Zimmermädchen. Den Frauen wird im Herkunftsland oft ein viel höherer Verdienst und viel bessere Bedingungen versprochen. Das ist für uns auch Frauenhandel.

Die dritte Form ist Frauenhandel im Bereich der Heiratsmigration, weil es eben auch diese Kataloge gibt, und sich Männer dafür interessieren, die die Vorstellung haben: `Eine Frau aus dem Katalog, die kostet mich nicht viel, die darf keine Ansprüche stellen´. Da herrscht so das Klischee vor: 'Die ist dankbar, die ist schön bescheiden und so, und möglichst auch eine gute Hausfrau.‘ Diese Eigenschaften meint der Mann, wenn er sich an eine Agentur gewendet hat, sozusagen mitzukaufen. Und wenn das dann nicht der Fall ist, kann er sich jederzeit von der Frau trennen, und sie bei der Ausländerbehörde melden. Ist sie dann noch keine vier Jahre mit ihm verheiratet, wird sie ausgewiesen. In solchen Fällen ist die Frau ja auch in einer extremen Zwangssituation und wurde getäuscht. Die Zwangssituation wird hier von den Ehemännern hergestellt. Da gibt es eine Koalition zwischen Ehemännern und der jeweiligen Agentur, die de facto auch Frauenhandel betreiben.

In der Jiskra Broschüre wird von dem Klischee der anspruchslosen, dankbaren osteuropäischen Frau gesprochen. Darüberhinaus scheinen bei der Heiratsvermittlung auch rassistische Motive im Spiel zu sein, die sich für die Vermittler als lukrative Marktlücke erweisen. So meint Diana Hummel (in Beiträge zur feministischen theorie und praxis Nr. 34, "Europa, einig Vaterland?", S. 62), daß osteuropäische Frauen auf dem deutschen Heiratsmarkt gefragter sind als lateinamerikanische oder asiatische Frauen, da sie in der Regel in der neuen deutschen Nachbarschaft nicht so schnell als Ausländerinnen auffallen. Kannst du das bestätigen?

Ich kann hier nur von der Händlerseite reden. Da wird mit der Bescheidenheit und Häuslichkeit der Frauen geworben und damit daß sie europäisch aussehen. Insofern sei nicht gleich zu erkennen, daß es sich um eine arrangierte Ehe handelt. Als Vorteil wird auch angepriesen, daß Entfernungen, die zurückgelegt werden müssen, um eine osteuropäische Frau kennenzulernen, viel geringer sind, als bei asiatischen Frauen, und Osteuropäerinnen irgendwie auch kulturell näher seien. Die Frauen entsprechen jedoch nicht unbedingt der Erwartungshaltung, anspruchslos zu sein.

In der öffentlichen Diskussion scheint es eine Aufspaltung zwischen Arbeits- und Heiratsmigration einerseits und Menschenhandel andererseits zu geben.[1] Es fällt auf, daß die zusätzlich zur normalen Ausbeutung Hintergangenen insbesondere in der Lohnarbeitsmigration keine so große Aufmerksamkeit erfahren. Selbst in der Prostitution müssen die Frauen zu Opfern von Zuhältern stilisiert werden, um Unterstützung zu bekommen. Stimmt das und wenn ja, wie geht Ihr damit um?

Die Öffentlichkeit will immer das reine Opfer. Manche Frauen gehen willentlich in die

Prostitution, für ein Jahr, damit sie sich mit dem Geld im Heimatland etwas aufbauen können. Das wird von der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht als legitimes Interesse akzeptiert, ist aber die Realität. Es ist verlogen, Mitleid mit den Opfern unfreiwilliger Prostitution zu haben, andererseits aber nichts zur hiesigen Nachfrage nach Prostituierten bzw. billigen "Hausmädchen" zu sagen. Unser Anliegen wäre hier, legale Einkunftsmöglichkeiten zu schaffen. Ich halte die Chancen allerdings für sehr gering, daß das in absehbarer Zeit politisch umgesetzt wird.

Ist für Euch die Legalisierung der Arbeitsverhältnisse als politische Perspektive ausreichend?

Erst mal schon. Realpolitisch gesehen - und auf eine andere Ebene will ich mich gar nicht einlassen - sollten die ausländischen Frauen in der Lage sein, die in Deutschland bestehende Nachfrage nach ihren Dienstleistungen im Haushalt, im Gastgewerbe und in der Prostitution auf legalem Wege zu befriedigen, das heißt mit Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung.

In fast allen Bereichen wird die Illegalität der Frauen oder zumindest die Drohung damit zum Mittel ihrer erhöhten Ausbeutbarkeit. Ist hier `nur´ die ganz normale Gewalt nationalstaatlicher Verhältnisse am Wirken oder läßt sich noch eine zusätzliche patriarchale Logik festmachen?

Ich denke, eine Sache ist schon geschlechtsspezifisch, und zwar, daß Frauen stärker in die informellen Arbeitsbereiche abgedrängt werden als Männer. Selbst wenn du den osteuropäischen Erdbeerpflücker oder Spargelstecher betrachtest: Der hat noch eine Möglichkeit diese Arbeit legal zu tun, auch wenn die schlecht bezahlt ist. Oder wenn wir zum Beispiel vom `Polenstrich´ an der Großmarkthalle reden: Die Männer müssen nur ihre Arbeitskraft verkaufen. Und selbst wenn sie illegal sind, haben sie noch bessere Bedingungen als Frauen, die in die Privatsphäre abgedrängt werden, im Haushalt arbeiten müssen als Haushaltsangestellte, wo überhaupt kein Auge der Öffentlichkeit mehr hinschaut. Sie sind deswegen viel größerer Ausbeutung ausgesetzt. Oder sie arbeiten in der Prostitution. Da, denke ich, kommen auch patriarchale Elemente rein. Denn bei einer Frau geht es nicht nur um ihre Arbeitskraft, sondern ihr Körper kommt mit rein. Wenn eine Frau Arbeit findet, findet sie die halt im privaten, informellen Sektor oder im Milieu, wo sie einfach weniger geschützt ist, noch weniger, als die schon ungeschützten Männer. In den Feldern, die Frauen als Arbeitsfelder zugewiesen sind, muß sie ihren Körper oft auf ganz andere, sehr viel intimere Weise einsetzen als ein männlicher Arbeitsmigrant.

Wie läuft die Anwerbung in den Herkunftsländern?

Im Bereich der Händler, die Frauen in die Prostitution vermitteln, gibt es eine hohe Professionalität, d.h. es werden teilweise Wettbewerbe in den Herkunftsländern veranstaltet. Bei diesen Auswahlverfahren wird suggeriert es ginge um die Qualifikationen als Tänzerin oder Sängerin und gleichzeitig werden möglichst viele Daten durch Fragebögen gesammelt, die das persönliche Umfeld bzw. die Familie betreffen, um die Frauen später besser unter Druck setzen zu können. Wenn die Frauen dann nach Deutschland vermittelt werden, wissen sie zumeist nichts über die Händler, da diese häufig unter falschem Namen aufgetreten sind.

Es sind uns jedoch auch Fälle von Vermittlung in die Prostitution bekannt, bei denen der Ehemann, der Onkel oder ein Bekannter der Frau als Händler davon profitiert hat. Bei einem uns bekanntgewordenen Handel ist ein Mann mit seiner Ehefrau nach Deutschland gefahren, um ein Auto zu kaufen. Der Mann brachte seine Frau zu Bekannten und verabschiedete sich unter dem Vorwand, etwas wegen des Kaufvertrages für das Auto klären zu müssen. Die Frau blieb bei den 'Bekannten' zurück, wurde dort mehrfach vergewaltigt und sollte in die Prostitution gezwungen werden. Es ist anzunehmen, daß der Mann mit dem Geld für die Frau das Auto erworben hat und ohne sie nach Lettland zurückgekehrt ist.

Eine andere Variante besteht darin, Frauen nach einem gemeinsamen Besuch in der Disko eine "Spritztour" nach Deutschland vorzuschlagen um sie dort zu verkaufen.

Arbeitet ihr mit Organisationen in anderen Ländern zusammen?

Ja, wir kooperieren mit Frauenorganisationen in Osteuropa. Wir haben z.B. die Möglichkeit, Frauen in Russland versteckt unterzubringen. Wenn eine Frau also zurückwill, können wir sie dort unterbringen. Außerdem arbeiten wir mit La Strada zusammen. Das ist ein Projekt, das von der EU finanziert wird, zur Prävention von Menschenhandel. La Strada hat Vertretungen in Warschau, Kiev und Prag. Diese Kooperation mit Organisationen in den Herkunftsländern stellt den Versuch dar, Perspektiven für diejenigen zu schaffen, die abgeschoben werden und nicht wissen wohin. Häufig ist es so, daß die Frauen mit einem Fahrschein in den Zug gesetzt werden, der gerade mal bis Görlitz / deutsche Seite gültig ist. Die Abgeschobenen müssen über die Grenze und stehen dann auf der polnischen Seite, ohne zu wissen wohin. Da gibt es auch ganz viel Scham, weil sie nicht mittellos zu ihren Verwandten zurückkehren wollen. Und häufig drehen sich die Frauen dann auf dem Absatz um und versuchen, wieder zurück nach Deutschland zu gelangen. Aus dieser Erfahrung heraus versuchen wir im Vorfeld beim Sozialamt eine Fahrkarte bis zu einer Stadt herauszuhandeln, in der die Frauen von La Strada abgeholt werden können. Wir kommen damit dem Interesse der Behörden, die Frauen außer Landes zu schaffen, ein Stück weit entgegen, um der Frau zu ermöglichen, daß sie bei der Rückkehr ins Herkunftsland ihre Würde nicht verliert und im Herkunftsland weiterbetreut wird.

Von großer Bedeutung für die zukünftige Flüchtlingspolitik dürfte die Mitte August in Bremen beginnende Karawane für MigrantInnenrechte sein, bei der zahlreiche MigrantInnenorganisationen beteiligt sind. Als aktueller politischer Bezugspunkt richtet sich die Karawane unter anderem gegen die geplante Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetz, sprich Aushungergesetz. Wie schätzt du die Aussichten der Kampagne ein? Seid ihr in irgendeiner Form beteiligt?

Wegen der geplanten Kürzung des Asylbewerberleistungsgesetztes, dem geplanten `Aushungergesetz´ hatten wir natürlich die größten Befürchtungen in bezug auf unser Klientel. Denn wenn eine Frau, die von Menschenhandel betroffen ist, hier eine Aussage macht, dann kriegt sie allenfalls eine Duldung und an den Status Duldung wären dann keinerlei Sozialleistungen geknüpft gewesen. Da müssen wir was tun, das schwebt sozusagen als Damoklesschwert über uns. Denn wenn das durchkommt, können wir unsere Arbeit völlig vergessen. Es sieht ja zum Glück eher so aus, als käme das Gesetz nicht durch. Man kann aber absolut noch nicht von Entwarnung sprechen.

Ansonsten wollen wir uns natürlich nicht nur auf unser Klientel beschränken, sondern mit anderen Migranten und Migrantinnen solidarisch sein. Nur muß ich ehrlich zugeben: Außer daß wir die Unterschrift für die Karawane geleistet haben, ist nicht viel passiert. Und bezüglich einer Einschätzung der Aussichten der Kampagne, weiß ich nicht, muß ich leider passen.

Denkst du, daß die Karawane an den Alltag der hier lebenden Migrantinnen heranreicht?

Ich halte das für sehr schwer, gerade die häufig verdeckt in der Illegalität lebenden osteuropäischen Migrantinnen mit so einer Aktion zu erreichen. Aber es gibt durchaus ein Interesse an politischen Entwicklungen in Deutschland und bei manchen einen wirklich hohen Kenntnisstand. Aber ob die sich jetzt einreihen? Das, würde ich sagen, ist eher weniger der Fall.

[1] Arbeits- und Heiratsmigration werden kaum als Ausbeutungsverhältnisse thematisiert, Prostituierte nur zu Opfern von Zuhältern stilisiert. <zurück zum Text>

Der nächste Krieg ist immer der schwerste!

Fußballweltmeisterschaft: Wichtige Punkte für die Nation

"Die Bundestagswahl ist zwar superwichtig, aber Fußball ist unterhaltsamer und wird nicht über den Intellekt verstanden - was ich positiv meine." Guildo Horn

com.une.farce

Erinnert sich noch jemand an Peter Angerer? Ein Mann mit diesem Namen holte bei den olympischen Winterspielen 1984 die erste Goldmedaille für die BRD im Biathlon. Der Jubel war groß, doch kurz. Die großen Erfolge nationaler EinzelsportlerInnen sind schnell nur noch Archivmaterial, zumal nach Olympiaden, wo am Ende nur der Medaillenspiegel zählt.

Unvergleichlich bedeutsamer für die nationale Selbstschau erscheinen dagegen die Legenden und Geschichten, die sich um den Fußball ranken. Welt- und Europameisterschaften sind regelmäßig Projektionsflächen von nationalem Größenwahn und kollektiven Kränkungen. Für die Deutschen wurde das Wunder, von dem einst Zarah Leander prophetisch zu singen vermochte, im Sommer 1954 wahr, als eine scheinbar chancenlose ‘Elf’ die bis dahin beste Mannschaft der Welt, Ungarn, im Finale in Bern mit drei zu zwei Toren besiegte und Weltmeister wurde.

Kein Fußballereignis nach 1954 hatte auch nur annähernd dieselben Auswirkungen wie die WM in Bern. Der Titelgewinn 1974 im eigenen Land oder 1990 in Italien war hart ‘erarbeitet’, wenig souverän und von viel Glück begünstigt; zum nationalen Mythos reichte das alles nicht. (Zumal es eben nur Wiederholungen waren.) Torschützen und Ergebnisse sind vergessen. Allenfalls erinnert sich manche/r an diverse nationale Traumata wie zum Beispiel die bittere Niederlage in Cordoba 1978 ausgerechnet gegen Österreich oder das Wembleytor von 1966.

Wie aber entsteht so ein Sportmythos wie ‘54?

Die Bilder der Wochenschau und der O-Ton der Radioübertragung damals bildeten das Material, mit dem das Ereignis inszeniert wurde und immer noch wird. Obwohl das Spiel live im Fernsehen übertragen wurde, konnten es nur wenige ‘sehen’, da Fernsehapparate fast ausschließlich in Kneipen vorhanden waren. In Erinnerung geblieben sind deswegen meist nur die wenigen Schwarzweißszenen im Kino: Das dritte Tor von Helmut Rahn und die Jubelszenen nach dem Schlußpfiff. Die markante Stimme des Sportreporters Herbert Zimmermann, der mit dem Jargon des Kriegsberichts überschwenglich und mit zittriger Stimme den deutschen Sieg für das Radio schilderte, läßt noch heute vielen einen wohligen Schauer durch die Adern fahren (..."aus dem Hintergrund müßte Rahn schießen, Rahn schießt - Toor, Toor, Toor ...".)

Der Mythos ist kein Produkt des Augenblicks, nicht allein der nationale Freudentaumel im Sommer 1954 erzeugte seine Bedeutung. Zu gegebenen Anlässen wurde durch Bild und Ton in den Jahrzehnten das Ereignis scheinbar nochmals vergegenwärtigt. Diese permanente mediale Reinszenierung anhand von Jahrestagen ist der eigentliche Kern, aus dem sich der Mythos reproduziert. So geschehen zuletzt im Jahr 1997, als der 100. Geburtstag des legendären Wundertrainers Sepp Herberger in allerlei Feuilletons und Sportecken gefeiert wurde. Die Verklärung zum Mythos knüpft sich dann immer wieder an altbekannte Klischees: daß die erhoffte Rettung nah sei, daß das Unmögliche wahr werde.

Wie ‘Phönix aus der Asche’

Das Mythische daran ist nichts Geheimnisvolles. In jedem zweitklassigen Hollywoodfilm, wo Menschen Sportmenschen sind, läßt sich die übliche Dramaturgie verfolgen, nach der die sportlichen Wunder in Mannschaftsspielen zelebriert werden: Ein nach rationalen Maßstäben aussichtsloses und vermeintlich schwaches Team holt durch Kampfgeist einen großen Rückstand auf und feiert einen völlig unerwarteten Sieg.

1950 hatten die Deutschen an der WM nicht mal teilgenommen, und plötzlich standen sie im Endspiel gegen Ungarn, die stärkste und spieltechnisch überragende Mannschaft zu dieser Zeit. In der Vorrunde besiegten sie Herbergers Truppe mit acht zu drei und führten auch schon im Endspiel nach acht Spielminuten mit zwei zu null. "Eine wichtige Voraussetzung zur Mythisierung hatte der Fußballsieg allerdings erfüllt. Er erwuchs aus kargem Anfangsgrund, aus dem ein Mythos überhaupt erst hervorgehen kann. Phönix muß aus der Asche aufsteigen. Und Herberger und seine Mannen stiegen aus der Asche auf."[1] Nach einem 0:2 ein 3:2, dieses ‘Kippen eines Spiels’ ist im Fußball keineswegs selten. Es entspricht dem Klischee des Wettkampfs, in der der bereits am Boden Liegende plötzlich ‘zurückschlägt’. 1942 hatte der damalige Reichstrainer Herberger als choreographischer Berater genau diesen Spielverlauf für den Kinofilm "Das große Spiel" vorgesehen und mit aktuellen aktiven Spielern die entsprechenden Szenen einstudiert. 1954 war es das deutsche Nationalteam, das dieses ‘Wunder’ in einem ‘wirklichen’ Endspiel fertig brachte.

Gefeiert wird aber dann nicht ein sportlicher Erfolg (welchen Sinn sollte es nämlich haben einem Drei zu Zwei-Sieg mehr als vierzig Jahre nachzufeiern?) Gefeiert wird ein Mythos, der sich in einem einzigen Tag im Sommer 1954 kristallisieren soll und der gleichzeitig als Symbol für eine ganze Epoche fungiert: ‘Als der Ball noch rund war’ gilt als Synonym für die fünfziger Jahre als die Welt wieder heil und die BRD drauf und dran war, der wirtschaftlichen nun auch die moralische Rehabilitation durch ein Wunder folgen zu lassen. ‘Wir sind wieder wer!’, Fußballweltmeister und Wirtschaftswunderfachleute. Den Deutschen werden aber Wunder nicht von Glücksfeen geschenkt. Immer muß das Wunder hart erarbeitet werden, weshalb es auch verdient ist. So wie die deutschen Kicker ‘von ganz unten’ sich hochspielten, so hat sich das deutsche Volk durch Leistung und Fleiß aus Sack und Asche hochgearbeitet. Diesem Mythos diente und dient die Verklärung der WM 1954.

Der ‘Weise von Bern’

Zum Wunder von Bern gehört ein Wundertrainer. Sepp Herberger, der über seine taktischen Konzepte nie in der Öffentlichkeit sprach oder schrieb, trug plötzlich schamanenhafte Züge. Der Fußballpriester, der seine Tricks nicht preisgab, wurde zum ‘Fußballfuchs’ erkoren. Als Person repräsentierte er den Prototyp des sich über den ‘Zusammenbruch’ geretteten fleißigen Arbeiters, der mit der Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln und verinnerlichter Tugenden ja immer nur eins wollte: Fußball spielen und lehren. In seiner Karriere als Reichs- und Bundestrainer mußte er sich dafür seit 1936 in den Verhältnissen einrichten und mit den Mächtigen arrangieren. In dieser Haltung war er der ideale Repräsentant der herrschenden Lebensvorstellung vor allem in der Nachkriegszeit. "Das unerhörte Tempo und die Geschäftigkeit, mit der man sich nach dem Krieg daran machte, die Fußballvereine wieder zum Leben zu erwecken und am Spielbetrieb teilnehmen zu lassen, zeugen von einem großen Drang, nach allem, was passiert war, einfach weiterzumachen. Eine Durcharbeitung des Erlebten fand nicht statt. Wie vieles andere auch, waren Fußballspiele die überstürzte Aktivität von Noch-einmal-Davongekommenen."[2]

Fußball wurde ein Stück Alltag, in den man sich künftig zurückzog. Scheinbar politisch unverdächtig, war aber die deutsche Fußballnationalmannschaft plötzlich willkommene Projektionsfläche, auf der alle kollektiven Ressentiments und narzißtischen Kränkungen ausgelebt werden konnten. ...nachgeholter Sieg!...und Absingen der ersten Strophe.....Und das hatte ‘unser’ Bundessepp geschafft. Was mochte wohl in seinem klugen Köpfchen vorgehen? Und als der ‘Weise’ nur Banalitäten hören ließ wie ‘Der Ball ist rund’ oder ‘Ein Spiel dauert 90 Minuten’, tat das dem Wunder keinen Abbruch. Im Gegenteil: Zur ‘Fußballphilosophie’ erhoben fanden sie Einzug in den Sprachschatz ganzer Reportergenerationen, die immer

dann, wenn ihnen nichts Besseres einfiel, eben jene Sätze zitierten.

In seiner Trainerpraxis setzte Herberger die soldatischen Tugenden durch, wie er sie von früher gewohnt war und die er dann auch von seinen Spielern verlangte: Disziplin, Gehorsam gegenüber seinen Anweisungen, Unterordnung unter das Ganze usw. Ehrfurchtsvoll wurde er von seinen Spielern nur "der Chef" genannt:

Der strenge aber gerechte und fürsorgliche Vater. Die bedingungslose Anerkennung der väterlichen Autorität des Trainers war bei Herberger und seinen ‘Männern’ zum Idealfall geworden. Fritz Walter war sein verlängerter Arm in der Mannschaft. Deren Vater-Sohn-Beziehung war symptomatisch für Mannschaft und Trainer insgesamt: Gehorsam und Unterordnung hier, Fürsorge da. In diesem paternalistischen Verhältnis repräsentiert der Trainer den ‘Chef’ eines Kleinunternehmens, der alle seine Untergebenen mit Namen und in der Seele kennt: Der 'Babba Hesselbach‘ des Fußballs. Die vertrauten militärischen Tugenden und der entsprechende Jargon sind im Fußball säkularisiert aber deswegen nicht weniger wirkungsvoll. Die Disziplin der Mannschaft ist das Resultat des unbedingten Gehorsams gegenüber der Autorität des Trainers und der regelmäßigen Selbstdisziplinierung im Sinne dieser Autorität und des Zwecks.

Was Herberger sagte war Gesetz. Und das beruhte auf seiner umfassenden Kenntnis der privaten Lebensverhältnisse der Spieler. Keine individuelle Marotte durfte dem gemeinsamen Ziel im Wege stehen. Seinen ganzen Perfektionsdrang richtete er auf die Kontrolle des Lebenswandels seiner Spieler, sobald sie unter seiner Obhut standen. Es waren eben seine Jungs. Wie der Firmenchef ‘kümmerte’ er sich um seine Spieler aus Interesse an ihrer Leistungsbereitschaft. Dies betraf auch die Art und Weise der Unterbringung und des Umgangs während der WM in der Schweiz.

Der ‘Geist von Spiez’ oder ‘Elf Freunde müßt ihr sein’

Ohne große Hoffnungen fuhren die deutschen Kicker also in die Schweiz; in den heimischen Gazetten wurden die Erfolgschancen vorab als minimal eingestuft. Je mehr allerdings der sportliche Erfolg sich abzeichnete, desto heftiger wurden die Begeisterungshymnen in der Heimat. Der Identifikationsgrad mit dem "Nationalteam" in der Bevölkerung wuchs proportional mit dem Prestigegewinn verheißenden Vorankommen im Turnier. Und der unerwartete Erfolg konnte doch nur (wenn man schon nicht über technische Finessen verfügte) durch eine kämpferische Mannschaftsleistung zu erklären sein.

Herberger hatte sich mit seiner Truppe in dem kleinen Schweizer Städtchen Spiez in einem abgeschiedenen Hotel einquartieren lassen. Abgeschnitten von allen äußeren Einflüssen sollte sich so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl einstellen, das alle Mannschaftsmitglieder aneinander kittet. "Elf Freunde müßt ihr sein!" So lautete die Losung, die durch den Imperativ ihre Wahrheit verrät: Die Freundschaft muß im enthaltsamen Zwangsaufenthalt erzwungen werden. Aus dem bunten Haufen Einzelspieler soll nicht nur auf dem Platz, sondern auch im Alltag jedem sozialen Unterschied zum Trotz ein unterschiedsloses Kollektiv entstehen, in dem sich jeder dem gemeinsamen Ziel unterzuordnen hat. Diese Methode der Bildung einer ‘verschworenen Gemeinschaft’ ist Bestandteil in der Trainigsstrategie bei jedem Mannschaftsturnier. Was bei Profispielern in solchen Ausnahmesituationen wie Weltmeisterschaften erzwungen werden muß, ist der immer unterschwellige sozialisatorische Zweck von Mannschaftssportvereinen von Kindheit an. Erlernt werden soll das Sich-Zurücknehmen für ein übergeordnetes Ziel. Allerdings ist der Erfolg nicht immer automatisch garantiert. Immer wenn der Turnierweg der Nationalmannschaft in ein Debakel führte, war dies scheinbar ein Zeichen für fehlenden Mannschaftsgeist und für die egoistischen Einzelinteressen der ‘arroganten’ Spieler.

Nach dem Gewinn der WM 54 war die Frage nach dem Erfolgsrezept schnell beantwortet. Es entsprach exakt der erwünschten Selbstzuschreibung: Eine gemeinsame Anstrengung, der Fleiß jedes Einzelnen, ein kollektives ‘sich durchbeißen’ sind die optimalen Tugenden sowohl auf dem Sportplatz als auch in der Nachkriegsgesellschaft Deutschlands. Seitdem kennt man den deutschen Fußball kaum anders. Eigensinnige Spieler waren die Ausnahme und nicht

besonders angesehen. "Das Team ist der Star." (Berti Vogts zur EM 1996) Fußballmannschaften hierzulande konnten noch nie etwas anfangen mit ‘Spielwitz’, ‘Ballzauberei’ usw. Das waren immer ‘Mentalitäten’ der südlichen Länder und entsprechend war deren Spiel: Individualistisch, verspielt eben undeutsch und selbstverständlich uneffektiv. Diese Naturalisierung von Spielsystemen, deren Kern immer rassistisch ist (man denke an die ‘afrikanische Gazellenhaftigkeit’ schwarzer Spieler in der Bundesliga), ist ebenso manifest wie die bekannten Klischees über ‘Nationalcharaktere’. "Grob gesagt, gibt diese Mannshaft schon etwas wieder vom Nationalcharakter unseres Volkes. Sie hat gekämpft, nie aufgegeben und war immer mit vollem Einsatz dabei." (Helmut Kohl, 1986, Mexiko)

Der Sieg über Ungarn war für die Deutschen ein kollektiver Befreiungsschlag von der schmählichen Vergangenheit. Durch den Pathos des Herbert Zimmermann, seine sich überschlagene Stimme, wird der Zuschauer/ die Zuhörerin adäquat vertreten. Der Kommentator weiß zu jedem Zeitpunkt den Ton zu treffen, der, zwar moderat, die aggressive, euphorische oder depressive Stimmung auf der Tribüne, vor dem Bildschirm, wiedergibt. Wenn es sein muß knüpft der Kommentar das nationale Band, wo es auf dem ersten Blick nur EinzelsportlerInnen zu geben scheint. Dann entscheidet sich das Wohl und Wehe der Nation eben am Medaillenspiegel, in der Konkurrenz mit den anderen großen Sportnationen. Jeder Einzelsieg zählt nur insofern, als er im Gesamtklassement verwertbar ist. Was die ZuschauerInnen sehen wollen, wollen die BerichterstatterInnen ebenso, denn beide sind Teil einer Gemeinschaft. Und wie Herbert Zimmermann prototypisch zeigte, sind KommentatorInnen wie die ZuschauerInnen am Bildschirm, am Radiogerät oder im Stadion mit den gleichen Affekten ausgestattet:

Zum Endspiel hatten sich, wie auch zuvor schon, Zehntausende deutsche ‘Schlachtenbummler’ aufgemacht, um ihre Mannschaft anzufeuern. Als tatsächlich der Sieg zu feiern war und die obligatorische Nationalhymne gespielt wurde, hatten sie instinktsicher den richtigen Text parat: "Deutschland, Deutschland, über alles! Über alles .." usw. Es war selbstverständlich, daß die erste Strophe zu singen war:...’Jetzt haben wir’s denen mal wieder gezeigt’. Das was da auf dem Berner Rasen spielte war - entgegen aller Beteuerungen - die Verkörperung des von der Welt verachteten Vaterlandes. Das ‘Wir sind wieder wer’ konstituierte sich über die Unterlegenheit der anderen, daß die anderen niemand seien. Der Argwohn, dem es vor allem in der ausländischen Presse ausgesetzt war, galt immer als Angriff: Der Erfolg wird einem geneidet, und vor allem den Deutschen.

Bertis Buben - auf dem Spielfeld: ratlos.

Herberger hatte noch richtige ‘Männer’ aufs Spielfeld geschickt. Bei Vogts waren es ‘Buben’. Die rechtzeitig zur WM erschienene Comic-Satire ‘Bertis Buben’ war für alle Sportredakteure Vorlage für Witzkolumnen, die hauptsächlich die Figur Vogts lächerlich machten. Die gleichzeitige Infantilisierung der Spieler drückt einerseits das geringe Maß an Autorität des Trainers aus, dem man eigentlich nur zutraut, Kinder zu trainieren. Andererseits ermöglicht sie eine doppelte Identifikation der deutschen Fans. Als erstes die positive: ‘Bertis Buben’ sind die Söhne der Nation und damit auch ‘unsere’ Buben. Sollten die sich nicht bewähren, erfolgt die prompte Abgrenzung: Die Buben sind Bertis Jammerlappen, verweichlicht und unmannhaft und peinlich für die Nation. Hilfreich bei dieser negativen Identifikation war zudem ihr unrühmlicher Abgang nach dem Ausscheiden im Viertelfinale gegen Kroatien.

Allen voran aber sprang der Bundestrainer in die Schußlinie seiner Buben, um mit einem Urinstinkt des Nationalfußballers der Öffentlichkeit die wahren Gründe seiner Niederlage zu offenbaren: "....Ich suche auch nicht die Schuld bei einem Schiedsrichter. Nur, wenn man alle Spiele gesehen hat, muß man schon die eine oder andere Schiedsrichterentscheidung noch einmal sich vor Augen halten. Das war schon in England so, vielleicht ist der deutsche Fußball zu erfolgreich, das weiß ich nicht, aber es waren schon seltsame Entscheidungen, die da von einigen Herren getroffen worden sind. Ob es da eine Anordnung gab, das weiß ich nicht."

Anordnung von oben? Da war er wieder, der betrogene Deutsche. Nein, nicht von einem kleinem Schiedsrichter, von einer unfaßbaren, tabuisierten Instanz. In schöner Regelmäßigkeit erklären deutsche Fußballer den Anderen die Welt. "Aber es hätte durchaus sein können, daß der Schiedsrichter das Tor anerkannt hätte und

es dann zu einer Verlängerung gekommen wäre..." (Herberger, 1954), "..ohne den Platzverweis des Schiedsrichters und meine Verletzung hätten wir es bestimmt in die Verlängerung geschafft." (Fritz Walter, 1958), "... nur wir haben ’66 und hier gegen Italien das ganz große Ziel verpaßt durch vielleicht nicht ganz glückliche Entscheidungen der Schiedsrichter, aber man muß es als Sportler hinnehmen,.." (Uwe Seeler, 1970). Die permanente Verschwörung der Welt gegen die Deutschen wird selten so offensichtlich wie im Fußball, wo es nie die Unfähigkeit der eigenen Spieler, sondern immer die "seltsame Entscheidung" von ‘außen’ ist, die schuldig ist.

Da hat also ein deutscher Bundestrainer als solcher seine Pflicht getan und die Verschwörung gegen Deutschland mal wieder aufgedeckt und doch erntet er nur Undank in der öffentlichen Meinung. Herberger, Fritz Walter und Uwe Seeler lagen bei den Deutschen immer richtig, die sich eh’ auf ewig vom Schicksal verfolgt sehen, die selbst bei siegreichen Spielen noch mit grimmiger Visage Ausschau halten nach Neidern, denen sie eins dreinschlagen können. Aber Berti Vogts ist keine Lichtgestalt wie Beckenbauer, sondern der notorische Looser, dem man nicht mehr glaubt, wenn er zweimal verliert. Er mußte sich sogar bei der FIFA entschuldigen. Das wird ihm nicht verziehen. Berti ist kein ‘Kaiser Franz’ und schon gar nicht ein Sepp Herberger, der als Denkmal der deutschen Fußballgeschichte dem geteilten Volk den normalen nationalen Größenwahn bescherte.

Norbert Kresse

[1] aus: "Als der Ball noch rund war: Sepp Herberger - ein deutsches Fußballeben" Lothar Mikos/ Harry Nutt; Campus-Verlag, 1997 <zurück zum text>

[2] ebd. <zurück zum text>